

# Volkswacht

für Schlessen, Polen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 M., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6688.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 102.

Breslau, Dienstag, 2. Mai 1893.

4. Jahrgang.

## Die besitzenden Klassen als Todfeind ihrer eigenen Kinder.

I.

B. G. Wenn wir uns die Uebelstände der herrschenden Verhältnisse vor Augen führen und über deren Ursachen klar werden wollen, gelangen wir sehr häufig zu der Annahme, daß die bezüglichen Schäden und Mängel, oder wenigstens sehr viele von ihnen, aus dem bösen Willen der besitzenden Klassen entspringen.

Damit aber thun wir unzweifelhaft zum weitaus größten Theil den Angehörigen der herrschenden Gesellschaft Unrecht.

Die herrschenden Zustände sind nicht künstlich gemacht worden; sie sind weder im Bösen noch im Guten dieser oder jener Gruppe von Menschen, natürlich noch viel weniger diesem oder jenem Einzelnen — auch nicht den regierenden Kreisen oder den herrschenden Klassen zuzuschreiben; — sie sind natürlich geworden, — das heißt, sie haben sich im Drange der geschichtlichen Ereignisse und der socialen Verhältnisse gebildet, ohne daß Herrscher und Regierungen, deren Vertreter und ihre Anhänger im allgemeinen viel Verstand und Verständnis darauf verwendet und dabei gezeigt haben.

Erst in der socialdemokratischen Gesellschaft wird der Verstand und das Verständnis des Volks die Zustände und Verhältnisse beeinflussen. Für die bürgerliche Gesellschaft gilt in Bezug auf alles Geschehen, soweit dabei menschliches Handeln überhaupt in Frage kommt, das, was der schwedische Kanzler Orenstierna vom Regieren gesagt: „Du glaubst nicht, mein Sohn, mit wie wenig Verstand die Welt regiert wird.“

Beherrschen die besitzenden Klassen mit Verstand und wissenschaftlicher Einsicht ihre Verhältnisse, üben sie Einfluß, wenn auch nur auf die Zustände und Einrichtungen, die sie selbst angehen, von denen das Wohl und Wehe ihrer eigenen ganzen Gesellschaft abhängt, so könnte nicht das höhere Schulwesen, wie es bisher war und noch ist, eine Quelle ärgerster Uebel sein und — wir setzen gewiß mit vollem Recht hinzu — eine Quelle von Uebeln, die kinderleicht — cum grano salis — mit einer Spur von Verständnis zu beseitigen wären.

Den Beweis, daß wir Recht haben, liefert urter vielem Anderen eine Abhandlung, die der Bafeler Professor Julius Kollmann unter dem Titel: „Die Schulreform in Deutschland vor dem Forum der Hygiene“, in der bei Trewendt hier in Breslau erscheinenden „Deutschen Revue über das gesammte nationale Leben der Gegenwart“ veröffentlicht hat. Er behandelt dort die Anträge der Berliner Schulconferenz, von denen es jetzt wieder ganz still geworden ist, und geht von folgenden von dieser Konferenz aufgestellten Punkten aus. Die preussischen Schulmänner erklärten:

1. Es ist wünschenswert, die Gesamtzahl der Unterrichtsstunden in den Gymnasien zu vermindern.

2. Diese Verminderung darf keine Vermehrung der häuslichen Arbeiten zur Folge haben.

3. Körperliche Übungen werden als tägliche Aufgaben bezeichnet.

4. Der Unterricht im Freien ist für die Naturkunde sowie für die geographische und geschichtliche Heimatkunde auf alle Weise zu fördern.

Professor Kollmann sagt mit Recht, man athme bei diesen Beschlüssen, die einen frischen Geist verrathen, förmlich erleichtert auf. Die Uebelstände des höheren Schulwesens wurden in der That in den oben wieder-

gegebenen Sätzen an der Wurzel angefaßt. Auf den höheren Lehranstalten — ebenso nebenbei gesagt, wie auf den niederen — ist die Zahl der Unterrichtsstunden viel zu groß. Die Schüler werden mit viel zu viel häuslichen Arbeiten belästigt. Die Körperausbildung wird vernachlässigt, insbesondere wird der Schulunterricht ganz oder fast ganz auf geschlossene Räume, auf die dumpfige Schulstube beschränkt und die belebende und erfrischende freie Luft, das erquickende Lummeln im Freien in Körper und Geist schädigendster Weise vermieden.

Aber die Beschlüsse der Berliner Conferenz blieben auf dem Papier stehen, während die bayerische Unterrichtsverwaltung einige, wenn auch vollkommen genügende Reformen eingeführt hat.

Die bezüglichen Beschlüsse derselben lauteten folgendermaßen:

1. Vom Beginn des Sommersemesters 1891 haben zwischen den einzelnen Schulstunden Pausen bis zu einer Viertelstunde einzutreten.

2. Der Schwerpunkt des Unterrichts ist noch mehr als bisher in die Schule zu verlegen. Bei den täglichen häuslichen Arbeiten ist Überbürdung zu vermeiden. Die von den Schülern durchschnittlich gebrauchte Zeit soll in den oberen Klassen 3 Stunden betragen.

3. Der Sonntag hat freizubleiben.

Am wichtigsten ist das, was sich auf die Schulpausen bezieht. Auch darin stimmen wir Professor Kollmann bei, wenn er sagt: Diese Pausen sind für den Körper wie für den Geist wohltuend. Dreiviertel Stunden steter Aufmerksamkeit spannen selbst Erwachsene ab, um wie viel mehr Kinder, die tagtäglich mehrere Stunden an die Bank gesesselt sind. Allein, fährt Kollmann fort, man möge sich keinen Illusionen hingeben,

## Die Tochter des Proletariers.

Roman von Franz Barrett.

Autorisirte Uebersetzung von A. Geisel.

78] Nachdruck verboten.

Garnier umging die Beantwortung dieser Frage.

„Wir sind gekommen, um die Schwester des Commandants Richard Vane zu verhaften“, sagte er, und Folly zur Seite drängend, trat er in's Zimmer, wo er Margarethe verborgen wähnte. Folly folgte ihm und auch der Offizier und die Soldaten traten ein. Garnier blickte sich forschend um und näherte sich dann dem mit einer weißen Decke bedeckten Bett.

„Zurück da!“ gebot Folly. „Das Bett da berührt nicht! Ihr sucht die Frau, welche die Soldaten der Regierung erschoss — hier steht sie vor euch — verhaftet mich!“

Der Offizier blickte rathlos auf Garnier.

„Wir suchen Richard Vane's Schwester — auf ihr ruht der Verdacht“, erwiderte dieser.

„Was thut das! Ich sage euch, ich habe es gethan! Seine Schwester war so krank, daß sie sich nicht rühren konnte. Richard Vane war mir tausendmal theurer als ein Bruder — seht her — ich habe seine Leiche gerettet und bewacht, nicht seine Schwester!“

Mit rascher Bewegung schob sie die Bettdecke zurück und enthüllte Richards bleiches Gesicht, welches der Tod mit hehrer Majestät umkleidet hatte. Einzelne Blüthen und grüne Zweige waren über das Bett ge-

streut und Follys Seele lag in ihren Augen, als sie auf den stillen Schläfer blickte.

„Und nun genug der Farce“, sagte sie, sich hoch aufrichtend; „dies ist mein Zimmer; hier diese Thüre führt auf die Terrasse, wo noch alles schwarz von Pulverdampf ist. Wollen sie weitere Beweise, dann blicken Sie hierher — dies ist das Kleid, welches ich gestern trug — Halskragen und Manschetten sind von Pulver geschwärzt, und wenn auch dieser Beweis noch nicht genügt, dann betrachten Sie meine Hände, von welchen sich die Pulverschwärze trotz all meiner Bemühungen nicht entfernen ließ. Vielleicht interessiert es Sie, zu erfahren“, schloß sie mit unsäglicher Verachtung in Blick und Ton, „daß dieser elende Verwüthter“ — hierbei wies sie auf Garnier — „mir gestern den Rath gab, diese Spuren zu vertilgen, wenn ich meines Lebens sicher sein wolle. Genügt das alles?“

Dabei ließ sie ihre Hand fallen und barg sie in den Falten ihres Kleides.

„Vielleicht stehen Ihnen noch weitere Beweise zur Seite?“ spottete Garnier.

„In der That, — ein letzter endgültiger Beweis!“

Indem sie dies sprach, faßte sie ihn scharf ins Auge . . . im nämlichen Moment den Revolver hervorziehend, den ihr Esperenza gegeben hatte, drückte sie ihn auf den vor ihr stehenden Garnier ab. Ein Blitz flammte auf, dann ein zweiter — Garnier taumelte, griff in die Luft und stürzte zu Boden. Folly aber warf sich über das Bett, und umschlang Richard mit beiden Armen.

Der Offizier warf zuerst einen Blick auf den tödtlich getroffenen Polizeibeamten, dann auf das verzweifelte Mädchen, welches über dem dem Bette lag, den Rücken gegen ihn gewendet. Es war ein Fall für summarische Execution. Ein Commando ertönte — die Soldaten erhoben die Gewehre, zielten . . . feuerten. Ein freudiger Aufschrei mischte sich in den Lärm der Schüsse . . . noch einige wenige Laste dann von einer hellen weiblichen Stimme und das ruheloze Leben des Proletariers hatte geendet.

„Roland, Du gehst herum wie ein Schatten — sind auch heute keine Nachrichten von Richard gekommen?“

„Nein, Vater — ich habe den Reittrecht in die Stadt geschickt; wenn er wieder ohne Briefe zurückkommt, reise ich noch heute nach Paris. Ich ertrage es nicht länger, Richard und Margarethe dort zu wissen und nichts von ihnen zu hören.“

In diesem Augenblick wurde ein fremder Herr angemeldet, den Roland im Bibliothekzimmer empfangen wollte. Er entfernte sich, den alten Baron in trüben Gedanken zurücklassend.

Die Unterredung zwischen Roland und Esperenza — denn er war der Fremde — währte sehr lange, und auch als der Spanier sich verabschiedet hatte, lehnte Roland nicht ins Wohnzimmer zurück. Sir Aveling hielt es endlich nicht mehr aus; er betrat leisen Schrittes die Bibliothek und hier fand er Roland erregt auf und ab gehend. Als er auf den



als ob damit etwas Erledigtes geschehen sei. Wer täglich eine Last fünf bis sechs Stunden den Berg hinaufschleppen muß, der wird es zwar angenehm empfinden, wenn ihm gestattet ist, eine kurze Rast zu halten, aber die Anstrengung an sich wird dadurch nicht geringer. Das Gewicht der Jungens als solches muß gemindert werden!

In Bezug hierauf nun hat die bayerische Unterrichtsverwaltung viel zu wenig gethan, indem sie in Punkt 2 verordnet hat, es sollten die Schüler der oberen vier Klassen, also junge Leute zwischen dem 14. und 18. Jahre, nur drei Stunden obligatorischer Hausarbeit verrichten. Den Schülern dieser Lehranstalten werden also neun Stunden täglicher Geistesarbeit zugemuthet.

In Hinsicht hierauf sagt ein bayerischer Schulmann:

Wir gestehen offen, daß eine dreistündige häusliche Arbeit, die zu intensiver Schulthätigkeit hinzutritt, dem jugendlichen Körper zu viel zumuthet. Wo bleibt da noch Zeit für die freiwillige Arbeit, für die Lectüre, für die Beschäftigung mit Musik, Zeichnen, für körperliche Erholung und Kräftigung und für Geselligkeit im Kreise der Familie. Neun Stunden tägliche Arbeit für junge Leute von 14—18 Jahren ist zu viel.

Der bayerische Philologe geht mit dem Ueberstand der Unterrichtsverwaltung des eigenen Landes folgendermaßen ins Gericht:

Die neunstündige obligatorische Arbeit wird noch beträchtlich vermehrt durch die facultativen Arbeiten wie Zeichnen, Musik, Gesang, Stenographie oder irgend eine lebende Sprache, so daß oft eine Arbeitszeit von 11—12 Stunden herauskommt! Nun kann man allerdings sagen, die Theilnahme an den facultativen Fächern habe nicht bei allen Schülern in gleichem Maße statt, aber es ist zu berücksichtigen, daß die obligatorische Arbeit in Schule und Haus durchaus nicht immer mit der von dem obersten Schulrath festgesetzten Zeit pro Tag abgeschlossen ist.

Wohl giebt es manche Vexakte, die mit schneller Fassungskraft versehen, die Aufgaben in kürzerer Zeit, wenn auch flüchtig erledigen, allein die langsam und gewissenhaften Schüler brauchen mehr Zeit und es ist vielen Lehrern und Aerzten bekannt, daß die Kinder oft bis spät in die Nacht an der Arbeit sitzen und daß die Verlängerung der Arbeitszeit nur auf Kosten des Schlafes gewonnen wird, der statt volle neun Stunden oft nur sieben Stunden dauert.

Was nun aus derartigen Schuleinrichtungen für Folgen entspringen, darüber mögen uns die berufenen Vertreter der herrschenden Klassen im folgenden Artikel selbst Auskunft geben.

### Urlaubsverhältnisse der Post-Unterbeamten.

Dem „Vorwärts“ wird geschrieben: Auf allen Postämtern in Berlin und im ganzen Reich werden jetzt die Pläne für den Erholungs-Urlaub der Postbeamten aufgestellt; wiederum aber sind die Post-Unterbeamten (Briefträger, Postkassierer, Landbrief-

träger, Posthilfsboten) übergangen; wiederum hat die Postbehörde es nicht für nothwendig erachtet, in dem Unterbeamten den Menschen anzuerkennen. Jahr aus, Jahr ein schindet und plagt sich der Unterbeamte; Jahr aus, Jahr ein muß er auf die Sonntage, die der Industriearbeiter wenigstens zum Theil noch frei hat, in großem Maße Verzicht leisten. Ihm jedoch eine Ruhepause, eine Erholungszeit, wie sie den Beamten alljährlich gegeben wird, zu gewähren, daran denkt weder Herr Griebach, noch Herr Fischer, noch Herr von Stephan trotz ihres zur Schau getragenen „Wohlwollens“.

Es verlohnt sich, jetzt, wo es Zeit ist, nochmals das von uns schon häufig hervorgehobene Unrecht der Unterbeamten auf einen Erholungsurlaub zu beleuchten. Es erhalten in diesem Jahre

1. die etatsmäßig angestellten Beamten 14 Tage,
2. die nicht etatsmäßigen Beamten 7 Tage.

Unter der ersten Kategorie befinden sich die Post-Secretäre, die mit 5 1/2, und die Post-Assistenten, die mit 9—10 Dienstjahren etatsmäßig geworden sind. Zur zweiten Kategorie, die mit 7 Tagen bedacht wird, gehören alle diätarisch beschäftigten Post-Gehilfen, Post-Assistenten, Post-Praktikanten, die im Dienstalter von 1—9 Jahren stehen. Die tägliche Dienststundenzahl aller dieser Beamten schwankt (in Berlin) zwischen 9 und 11 Stunden.

Dagegen steht die große Mehrzahl der Post-Unterbeamten, 61000 Mann, die anstrengendste und schwerste Arbeit verrichtend, im drei- und viertägigen Nachtdienste frühzeitig die besten Kräfte opfernd, Trepp' auf, Trepp' ab stürmend, in Wind und Wetter, Staub und Hitze um ein mageres Einkommen sich abplagend, ohne jede Erholungszeit, statt der 9—11 Stunden sogar 10—13 Stunden täglich sich abradern. Was macht das! Ja, um Beamtenstellen wahrzunehmen (B.-u.-Postamt), um die Ueberschüsse tragen zu helfen, um sogar die auf Urlaub gehenden Beamten zu vertreten (Brief-Postamt), dazu sind sie gut genug, dazu wird ihre Intelligenz ausgenutzt. Handelt es sich aber darum, diesen Beamtenproletariern eine Leib und Seele erfrischende Vergünstigung zu gewähren, die nicht allein ihnen, sondern auch der ganzen, vermög' des erbärmlich niedrigen Wohnungsgeldes in unzureichenden Räumlichkeiten wohnenden Familie zu gute käme, ja, Bauer, das ist etwas anderes! Was könnten auch diese Unterbeamten, die Fleisch vom Fleisch des um seine Befreiung kämpfenden Proletariats, mit einem Urlaub anfangen? Sie würden ja doch nur in Kneipen und sonstigen Spelunken die Zeit totschlagen, so ist wohl die Meinung der Herren. Daß auch ein Unterbeamter höhere Genüsse kennt, daß auch er das Bedürfnis fühlt, einmal im Jahre dem Leid entronnen, frei von des Dienstes Mühseligkeiten seine Seele zu baden in der Freiheit vom Arbeitsjoch, das begreifen die hohen Vorgesetzten in ihrem „Wohlwollen“ nicht.

Aber Geduld, auch hier wird es Tag, und die Geister erwachen. Denn „alle Arbeiter, die das Denken gelernt haben, sind Socialdemokraten geworden“, so jagte Bebel in der Zukunftsstaatsdebatte zum Abg. Bachem, und mit Recht.

„Wir wollen nach ihr sehen, Roland, wir wollen uns ihrer annehmen und thun, was in unseren Kräften steht, um sie zu trösten.“

„Dank, Vater!“ sprach Roland innig.

„Und hast du — von — von deiner Frau keine Nachricht erhalten?“ fragte der alte Herr mit stöckerender Stimme.

„Ja — sie schickt mir diesen Ring — sie starb von den Kugeln der Bersäcker, sie starb, damit Margarethe lebe!“

„Barmherziger Gott, solcher Heldennuth bejähmt uns Männer!“

An einem herrlichen Frühlingstag des Jahres 1884 wandelte eine Gruppe von vier Personen, drei Herren und eine Dame, durch die Alleen des Kirchhofs Pere Lachaise zu Paris. In einiger Entfernung folgte den Vorausgehenden eine Boane, welche zwei schöne Knaben an der Hand führte. Die Dame sah frisch und blühend aus; sie lehnte sich auf den Arm ihres Gatten, dessen Vater an der andern Seite schritt, während ein kleiner verträumter Mann, dessen Gesicht den spanischen Typus verrieth, vorausging, um den andern den Weg zu zeigen.

„Ist nahm der alte Spanier den Hut ab und trat an einen breiten gewölbten Hügel, auf welchem zwei Marmortrage standen. Ein eisernes Gitter umgab das mit Eichen und Immergrün bewachsene Grab. Die Dame sank an dem Hügel in die Knie und die Hand auf den kalten Marmor stützend, blühte sie

Nicht „Wohlwollen“, nein, Recht und Gerechtigkeit verlangen die Unterbeamten. Wir aber haben die Pflicht, die Unterbeamten auf denjenigen Weg zu verweisen, der zum Ziele führt, — zur Morgenröthe einer besseren Zeit.

### Freie Liebe.

Die fromme „Tremontia“ beschäftigt sich recht lebhaft mit uns Socialdemokraten und läßt kein gutes Haar an uns. Wir nehmen das dem schwarzen Blatt nicht übel, würden aber doch wünschen, daß das Ico, getreu der Centrums-Devise: „Für Wahrheit, Freiheit und Recht“, mehr bei der Wahrheit bleibe. Das ist aber nicht der Fall.

So schreibt die „Tremontia“ in ihrer Montagsnummer (Zweites Blatt) in einem Artikel: „Der geleimte Socialdemokrat“:

„Im 6. und 9. Gebot schützt Gott die geschlechtlichen Beziehungen in der menschlichen Gesellschaft, damit die tierischen Triebe nicht das Geschlecht ruiniren. Die Socialdemokraten entzweifeln dagegen die „freie Liebe.“

Das soll mit anderen Worten heißen, unter „freie Liebe“ verstehen die Socialdemokraten die Entzweiflung der „tierischen Liebe“, die „reine Kaninchenwirtschaft“, wie König Stumm jagt. Daß die Socialdemokraten die „tierischen Triebe“ nicht mehr zu entwickeln brauchen, weil für diese Art der „freien Liebe“, wie sie die fromme „Tremontia“ im Auge hat, schon andere Leute im Schooße der allemeligmachenden Kirche gesorgt haben, mag nachstehende kleine Skizze beweisen, die zugleich zeigt, daß die „Frommen“ zu allen Zeiten die Genüsse dieser irdischen Welt den bunnlichen Zukunftsreuden vorgezogen und in Punkt „freie Liebe“ den Vogel abgehasst haben. Weisen wir zurück aus der Geschichte der Päpste einige historische Thatfachen heraus, wohlverstanden: „historische Thatfachen“, keine „Lügen.“

Sergius II. (904—911) und Anastasius III. (911 bis 912), wurden von der heucheligen römischen Welttrübe (Murrucce) auf den päpstlichen Thron gehoben. Johann X. wurde auf Befehl der Marozia erdrosselt, als sie keine überdrüssig ward. Leo VI. (928—929) wurde ermordet, weil er sein Herz einer anderen Marozie geschenkt hatte. Nach diesen Beispielen der Marozia betrug ihr unehelicher Sohn als Johann XI. (931—932) den päpstlichen Stuhl und später ihr Enkel Johann XII. (955—964).

Cardinal Bonifazius schreibt in seiner Annales ecclesiastica die Päpste des 10 und 11. Jahrhunderts also: „Im Tempel und im Heiligthum des Herrn war ein Schand der Verwünschung: auf Petri Stuhl saßen nicht Menschen, sondern Ungeheuer in Menschengestalt. Unmäßige, wollüstige, in allen Vagieren erprobene Weiber regierten in Rom und besetzten den päpstlichen Stuhl mit ihren Weichhülern und Hurenkindern.“ Von Johann XII. erzählt er, daß dieser im Alter von 18 Jahren, ohne je Priester geworden zu sein, den Stuhl Petri bestieg. Von ihm sagt Cardinal Bonifazius, er sei von allen der Schändlichste gewesen. Mit seiner Mutter und zwei Saeweibern lebte er in Blutschande; kein hübsches eheliches Frauenzimmer wagte sich mehr auf auf die Gasse, weil jedes vor dem Auge des „heiligen Vaters“ Gnade findende Weib, ob ledig, ob verheiratet, seiner Nothwehr verfiel; mit seinen halbnackten Weichhülern zog er in Processionen durch die Straßen Roms. Einen seiner Nachfolger, Papst Bonifaz VII. (974—985) nennt der katholische Kirchenschriftsteller Gerbert „unter den Ungeheuern“ der Gottlosigkeit das abj. eunische.“

Ein anderer katholischer Geschichtsforscher behauptet, daß Papst Benedict IX. (1038—1049), der im Alter von zehn Jahren auf Petri Stuhl gehoben wurde, bereits in seinem vierzehnten Jahre all: Vorgänger an Lüderlichkeit, Lüge und Unvorsichtigkeit übertraffen habe. Als Papst Innocenz IV. (1243—1254) Englands Capitulandchaft in Anspruch nahm, protestirte das Parlament feierlich dagegen; England habe durch Wasser, Raub und Wundhandhandel der päpstlichen Legaten hinfällig gelitten, es könnte nicht auch noch den abentheuerlichen Götzen des päpstlichen Hofes im Lande dulden.

„Tränenenden Auges auf die Stätte, welche zwei treue Herzen barg. Dann winkte sie den Kindern und flüsterte ihnen zu.

„Hier schläft Onkel Richard!“

Roland hatte inzwischen zwei herrliche Rosenkränze auf den Hügel gelegt. Jetzt hob er Margarethe sanft auf und führte sie langsam hinweg. Das Grab blieb einsam zurück — die Morgensonne funkelte auf den Goldornamenten der Fischelsteine, welche die beiden Kreuze trugen. — „Richard“ stand auf dem einen, das andere zeigte den Namen „Folly“.

Ende.

### Vermischtes.

(Schreibfedern aus Celluloid, Ebonit) und ähnlichem Material drohen der altbewährten Stahlfeder eine empfindliche Concurrenz zu machen. Die Stahlfeder hat bekanntlich die Mängel, daß sie durch die Tinte und das Papier in hohem Grade leidet und in kurzer Zeit den Dienst verliert. Die von Delapierre und Lamotte in Paris erfundenen neuen Federn sollen nun frei von diesen Mängeln sein. Zunächst sind diese Federn wesentlich billiger, weil sie sich durch wenige einfache Operationen fertig herstellen lassen. Die Fortgeung erfolgt durch gewärmte Pressen, in welche die orth. gefanzten und gelochten Stücke eingelegt werden. Sodann findet die Spaltung der Spitze statt und die Feder ist fertig. Weitere Vorzüge der neuen Feder sind, daß sie von der Tinte nicht angegriffen wird, sich sehr langsam abnutzt und niemals kratzt oder im Papier hängen bleibt.

(Neues Wort.) Arzt: Also Ihr Mann ist krank, Frau Pannemann? Was fehlt ihm denn? — Frau Pannemann: Ah, Herr Doctor, er hat's Defilium!

„Sohn trat, bemerkte er, daß seine Augen voll Thränen waren.“

„Was ist geschehen, mein Junge?“ forschte er.

„Was ich befürchtet habe — Richard ist tot“, antwortete Roland mit gebrochener Stimme „hier sein letzter Brief an mich!“

Sir Aveling nahm das Billet, auf welches Rolands Thränen gefallen waren, und las:

„Lieber Roland!“

Ich weiß, daß es keines äußeren Zeichens bedarf, um mein Gedächtniß in Deinem Herzen wach zu halten; aber ich weiß auch, daß Du mir eine letzte Bitte nicht versagen wirst. Suche Dir die in meiner Bibliothek befindlichen architektonischen Werke aus und behalte sie zum Andenken an mich. Deinen Vater bitte ich, das alte Exemplar von Milton, welches ihm immer so gut gefiel, anzunehmen. Leb wohl, mein Roland, und sei glücklich. Wie immer Dein

Richard.“

Sir Aveling wischte sich die Augen, indem er den Brief zurückgab, und Roland sagte wehmüthig:

„Selbst im Tode dachte er nur an andere — niemals an sich!“

„Was ist aus seiner Schwesler geworden — wo ist sie?“ fragte Sir Aveling plötzlich.

„Auch darüber habe ich Nachricht erhalten. Grethe befindet sich in London, in ihrer alten Wohnung zu Spitalfields — sie traf dort gestern Abend mit dem Herrn ein, den ich soeben empfing.“



Papst Urban, der unter Anderem auch mit seinen Sot-pagen Unzucht trieb, erklärte Ehebruch und andere fleischliche-Vergehen für seine Sünde. Die in Avignon (1307-1415) residirenden Päpste überboten einer den andern an Wollust, Schwelgerei, Herrsch- und Geldgier. Papst Johann XXVIII. (1410-1415) wurde auf dem Concilium in Konstanz (1414) der schwersten Verbrechen angeklagt. Siebenunddreißig Zeugen, größtentheils Bischöfe und Priester, thaten dar, daß er des Ehebruchs, der Blutschande, der Sodomiterei, der Simonie, des Diebstahls und d. s. Mordes schuldig sei. Außerdem wurde noch von einer Legion Zeugen bewiesen, daß er 300 Nonnen verführt und vergewaltigt hat. In eigener Secretär Niemi-lage aus, daß der heilige Vater in Bologna einen Harem gehalten habe, in dem nicht weniger als 200 Mädchen seiner Wollust zum Opfer fielen. Papst Sixtus IV. (1471-1484) bestellte seinen Namen durch Simonie und Unzucht; er er-richtete (1495) die ersten öffentlichen Verbeile in Rom, die ihm jährlich über 30 000 Ducaten eintrugen, so daß einige Jahr-zehnte später bei einer Volkszählung 40 000 Hetären in Rom gezählt wurden. Sein Nachfolger Papst Innocenz VIII. (1484-1492) botte 16 Pastore, die er fürschlich verlorate. Von Papst Alexander VI. aus dem Hause Borgia (1492 bis 1503) stammt der Ausspruch, daß jede Religion gut, die dümmste aber die beste sei. Die Ausschweifungen dieses Papstes sind derart, daß sich die Feder sträubt, sie auch nur anzudeuten.

Wir wollen nun einige Jahrhunderte übergehen und uns zu den Päpsten der neueren Zeit wenden, da sonst die Liste zu lang würde. Papst Gregor XII. (1830-1846) lebte mit der Frau eines Barbiers im Ehebruch. Papst Pius IX. (1846-1878) war in früherer Zeit ein Bonvivand, der mit Mädchen, Nonnen und verheirateten Frauen Lieb-schaften unterhielt. In Rom leben heute noch zwei schöne Damen, deren Mutter eine Hausbälterin Papst Pius IX. war. Auch werden fünf andere Frauenzimmer genannt, darunter drei Nonnen, die zu Pius in intimsten Beziehungen standen. Professor Friedrich sagt in seinem Tagebuche Seite 303, daß noch unter der Regierung Pius IX. es vorkam, daß ein Pro-fessor der Moral in Rom für Geilich: ein Verbrechen unter-zeichnete! Dessen Freunde beim Generalvicarariate mußten es zu bewirken, daß der Cardinalvicar lange Zeit nie eine Klage gegen ihn annehmen wollte! Im Kirchenstaate kamen deshalb auf 1000 eheliche Geburten 2500 un-eheliche.

Wie die Häupter, so waren die Glieder. Was hat von solchen Leuten Gutes kommen können? Nichts, gar nichts. Ihr Luderleben verschlang Unsummen Geldes und das mußte geschaffen werden und es wurde geschafft, einerseits durch den armen Bauernstand, der darum in der Leibeigenschaft gehalten wurde und gehalten werden mußte, andererseits durch die Ab-lässe und sonstige Kirchensteuern.

„Freie Liebe“, Genusucht, Heppigkeit, sie waren bei den Machthabern der Schwarzen stets in reichstem Maße vor-handen; und da behauptet die fromme „Trennung“, die Socialdemokraten wollen sie erst einführen. — Wohl be-fomms, heiliger Lambertus!

## Politische Rundschau. Deutschland.

Vom festen Thurm. Im „Bayerischen Vater-land“ liest man: „Schauderhaftes Pech unserer braven Centrumsleute! Noch ist die erbauliche Geschichte von dem liebreichen Centrumsdeputatus (Herr Rauchenegger, Sigl's Gegencandidat in Reihem, soll darüber genauere Auskunft ertheilen können, Red. d. B.) und seiner geliebten Kellnerin, die ihn mit schreienden Beweisen seiner Frömmigkeit erfreute, nicht verklungen, klingelt es schon wieder von einem anderen Centrumsdeputatus, der auch ein übergeföhltvolles Herz besitzt, aber weniger gegen die eigene tüchtige Haus-frau, auch — diesmal — nicht gegen Kellnerinnen — die, wie Professor Lasaulx sagte — „auch leben sollen, wenn sie schön sind“ — sondern zu seines Nächsten Hausfrau, und jetzt haben sie gar einen richtig auf's Bankl gesetzt, den braven Herrn Menzinger, „Pa-triot“, Bürgermeister und durch der Dammen Wahl Landtagsdeputatus von Deggendorf. Selbiger brave Centrumsmann kam gar wegen gemeiner „Untreue im Amte“ durch Golddiebstahl zc. auf's Bankl, eine Menge Zeugen sagten gravirliche Dinge über ihn aus und der Staatsanwalt beantragte dann 1 Monat Ge-fängniß, 500 Mark Geldstrafe und auf zwei Jahre Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte! „Patriot“ Menzinger will natürlich „nur zum Wohle der Stadt und seiner Mitbürger“ gehandelt haben Natürlich! Das Urtheil wird erst in 8 Tagen verkündigt; der biedere „Patriot“ hat aber auch ohne Urtheil schon genug und ist fertig für immer.“

Die „Süderländische Volks-Zeitung“, das in Atten-dorn, in Fusanget's Wahlkreis, erscheinende Centrums-blatt schreibt:

„Wehe dem Centrum, wenn der Geist, der bei dieser Wahl die Centralleitung beherrscht hat, sich dauernd festsetzen sollte. Dann wäre das Ereigniß im Wahlkreise Olpe-Melschede Arnberg der erste Nagel zum Sarge des Centrums gewesen und die Verantwortung für den Unter-gang dieser für das katholische Volk hochbedeutungsvollen Partei würde, nach Lage der Umstände allein der Centrumsleitung, welche im Interesse der Partei-Organisation und um nicht das Thun und Treiben einzelner ihrer Mitglieder zu des-avouiren, mehr als 15,000 Centrumsmitglieder glaubte schroff vor den Kopf stoßen zu dürfen, wir sagen, die schwere Verantwortung für die Trennung des katholischen Volkes von der Centrumsfraction würde letzterer einzig und allein aufzuerlegen sein. . . Mit und auch ohne Centrum, wenn

es sein soll und muß, wird die katholische Sache vertreten werden. Wenn aber die Behandlung des von uns ge-wählten Abgeordneten für jeden Wahlkreis hätte schmerzlich sein müssen, dann müßten wir es um so tiefer empfinden, als gerade der Wahlkreis Olpe-Melschede Arnberg derjenige gewesen ist, welcher mit der Wahl des Abgeordneten Peter Reichensperger den Grundstein zum Centrum gelegt hat und fester den Grundpfeilern der Centrumsparthei treu bis in den Tod bleiben wird.“

Zum Schluß fordert das Bla t auf, an Fusanget festzuhalten.

Für die Militärvorlage sollen jetzt „deutsche Heldentlieder aus großer Zeit“, die neuerdings erschienen sind, Stimmung machen. Welche wunderhübsche Sachen in diesen Heldengesängen zu finden sind, mögen folgende Strophen zeugen:

Mein Kaiser, schließ' die Bude zu,  
wenn sie nicht woll'n parieren.  
Sieh doch den blinden Schwächern Ruh',  
Woll' uns zum Kampfe führen;  
Nu' alle Männer Dir an Bord,  
Wir steh'n im Pulverdampfe,  
Wir bringen Dir von Süd und Nord  
Den letzten Mann zum Kampfe!

Wenn die „Bude zugemacht“ wird, wird wohl mancher „Patriot“ auf der Strecke bleiben.

„Zur Ehre des Adels“ hat ein Gutsbesitzer Franz Waltherr in Klein-Rugel Vertrauen. In einem Flug-blatt, welches zum Beitritt in den Bund der Land-wirthe auffordert, erklärt er, „weil ich der Ehre des Adels, des Großgrundbesizes, mich auf's Wort anvertraue“ — Die „Berl. Volksztg.“ be-merkt dazu: „Junckertum, Adel, Großgrundbesitz sind also in den Augen des Herrn Waltherr eine Souleure. Uns kanns gewiß recht sein. Aber hat er wirklich blindes Vertrauen zu jedem Adligen? Hätte er sich beispielsweise dem dieser Tage in Berlin wegen ge-meiner Betrügereien zu 9 Monaten Gefängniß ver-urtheilten Freiherrn Graf von Gagern, oder dem Chef der Expresserbande der „Unabhängigen“, dem in's Aus-land verdufteten Hauptmann a. D. Freiherrn von Schleinitz, auf's Wort anvertraut? Diese „abligen“ Fälle, deren Zahl beliebig vermehrt werden könnte, müßten doch auch Herrn Franz Waltherr darüber be-lehren, daß „Adel“ zwar „verpflichtet“, aber nicht vor-Vergehen gegen die gute Sitte und gegen Treu' und Glauben schützt.

Aus der Feriencolonie. Im „General-Anzeiger“ für Marburg lesen wir folgendes Eingekandt:

„Den zahlreichen Passanten der Kasernenstraße wurde am Sonntag Nachmittag ein eigenthümliches Schauspiel geboten. Ein Offizier rief in der Nähe des Museums einen grüßend vorübergehenden Jäger heran und ließ sich von demselben mit dem (natür-lich dem Jäger gebörenden) Taschentuch die bestaubten Weinkleider und Stiefel auf offener Straße reinigen. An maßgebender Stelle würde daher der Vorschlag wohl Berücksichtigung finden, das Militär für solche Fälle — außer der gebräuchlichen Sonntag-garnitur — noch mit einer Staub- und Wischbürste auszurüsten.“

Keine facultative Feuerbestattung. Die Erste hesische Kammer hat mit 12 gegen 11 Stimmen nach längerer Debatte den von der Zweiten Kammer mit großer Mehrheit angenommenen Antrag auf Einführung der facultativen Feuerbestattung abgelehnt. Die Erste Kammer hat getreu ihrer junkerlich-psäffischen Zu-sammensetzung garnicht anders handeln können. Aber die Zweite Kammer vermag, wenn sie nur ernstlich will, die widerhaarigen „Lords“ des hesischen „Ober-hauses“ zur Raison zu bringen.

Wir Sachsen sein helle! Um socialdemokratisch angehauchte Reservisten bei ihrem Rücktritt in das Civilleben den Einflüssen der mit Hochdruck arbeitenden rothen Internationale zu entziehen und für die könig-streuen Militärvereine zu gewinnen, wollen die letzteren einen ganz neuen Schritt auf dem Gebiet der socialen Fürsorge unternehmen. Sie haben die Absicht, in sämtlichen sächsischen Militärvereinsbundesbezirken Sachsens Arbeits-Nachweise für heurlaubte Reservisten zu errichten. In der Landesgeneralversammlung der sächsischen Militärvereine, die im Juli stattfindet, soll über die Sache Beschluß gefaßt werden. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt dazu: „Die Extreme berühren sich. Während man sonst in Sachsen „socialdemokratisch angehaucht“ Person gerne aus der Arbeit zu bringen pflegt, wollen die königstreuen Militärvereine sogar „socialdemokratisch angehauchte Reservisten“ in die Arbeit bringen. Das Letztere ist jedenfalls trotz des politischen Beigeschmacks, löblicher als das Erstere.“

Ueber eine neue Heldenthat des Pastors Jskraut berichtet das Kasseler „Volksblatt für Hessen und Waldeck“. Vergangenen Sonntag sollte in Rehme in Westfalen eine Versammlung stattfinden, in welcher Genosse Adolph Hoff-mann aus Zeitz über die „Zehn Gebote und die besitzende Klasse“ sprechen wollte. Schon Mittags rückte Jskraut mit seiner Garde an, er stellte sich rechts neben der Bühne auf

einen Stuhl, gruppirt seine Getreuen um sich herum und gab von Zeit zu Zeit wie ein Feldherr seine Instruction. Mehrere andere Pastoren gaben im Saale die Parole aus, konnten aber keine rechte Gewalttätigkeit erwerben. Die Bureau-wahl war das Signal zum Beginn des Standals. Herr Jskraut winkte von seinem erhöhten Standpunkt, und die Garde stimmte ein nicht wieder zu gebendes B. brüll an. Die Ma-jorität entschied sich für ein socialdemokratisches Bureau, nur war natürlich für den in seinen Hoffnungen getäuschten Jskraut kein Halten mehr. Der Einberufer der Versammlung forderte darauf den Pastor Jskraut auf, den Saal zu ver-laffen, indem er mittheilte, daß der Wirth dem Einberufer das Hausrecht übertragen habe und der Pastor eine Anklage wegen Hausfriedensbruchs zu gewärtigen habe, wenn er nicht Folge leiste. Jskraut nahm seine sieben Sachen und wendete sich mit dem Hinweis, daß man ihn ins Gefängniß bringen wolle, an seine „Getreuen“, die natürlich „Hierbleiben!“ brüllten. Als der Amtmann und die Genarmen es ab-lehnten (!), den Pastor zu entfernen, bekam dieser neue Courage, er blieb, und der Standal begann von neuem. Der Referent nahm nunmehr das Wort, wurde aber von Jskraut und seiner Garde mit Gebrüll begrüßt, Stöße wurden ge-schwungen, Taschentücher mit eingebundenen Feldsteinen ge-worfen. (Ein solcher Held war bereits von der Polizei ver-haftet.) Hoffmann erklärte darauf mit drohnender Stimme, die für einige Augenblicke Ruhe schaffte: „Herr Jskraut, brüllen Sie nicht so, mir jagen Sie durch Ihr Gebrüll keine Furcht ein, ich fürchte mich auch nicht vor der von einem Pastor geleiteten Knüppelgarde, ich bin derartige geistige Waffen von Giebeln aus gewöhnt.“ Dauernder Beifall auf der einen, wüthendes Geschrei unter Leitung Jskraut's auf der andern Seite. Als der Referent den Vortrag beginnen wollte, winkte Jskraut, und das Gebrüll begann von neuem. Nach-mals gelang es dem Referenten, sich Ruhe zu verschaffen. Er wandte sich an die Jskraut'schen Bauern, erklärte ihnen, „daß man doch erst ihn, den Redner hören sollte, dann könnte ja Herr Jskraut widerlegen; ob es ihnen denn nicht auf-fiele, daß Jskraut nur uns verhindern will, ihnen die Wahr-heit zu sagen?“ Einen Augenblick schien es, als wenn eine bessere Einsicht Platz greifen sollte, widerhoit hatte Jskraut das Signal zum Standal vergebens gegeben; jetzt stampfte er ungeduldig mit den Füßen auf, und das Gebrüll begann von neuem. Hoffmann schreit: „Herr Jskraut, Sie beweißen dadurch, daß Sie zu feig oder unfähig sind, zu widerlegen.“ Jskraut und seine Anhänger brechen in wüthendes Geschreie und Geschrei aus, welches schon vorher recht niedliche Blüthen gefördert hatte. Schließlich schreit Jskraut höhnlich: „Sprechen Sie doch über die zehn Gebote“. Redner macht nochmals den Versuch, doch das Gebrüll machte es unmöglich, durchzubringen. Jskraut, der mit Auctionator-stimme vorausbrüllte, schrie höhnlich: „Sie müssen lauter sprechen“. Hoffmann: „Verzeihen Sie, wenn ich das nicht kann, ich bin bisher nur gewöhnt, zu Menschen zu sprechen, nicht aber im Stuhlfuß“. Alle Versuche, durch Verhandlung, Unterhandlungen mit den anderen Pastoren zc. scheiterten an der Standalucht des Jskraut und der dämonischen Gewalt, welche er über seine blinden Getreuen hatte. Schließlich begann der bekannte Gesang „Gott sei im Siegerkranz“, „Ein-fache Burg ist unser Gott“ und „Mein Gott in der Höh' sei Ehr“, welcher von der andern Seite mit „Arbeiter all' er-wacht“, „Marzellaise“ und schließlich mit der „Polzauction“ beantwortet wurde. Das Ende war, der Amtmann löste unter dem frenetischen Jubel des Helden Jskraut und seiner Getreuen auf. Wenn man aber glaubt, damit die Social-demokratie getödtet zu haben, so ist man im argen Irrthum, selbst unter den Getreuen wurden Stimmen laut, welche meinten, „man hätte doch erst hören sollen, was die Social-demokraten wollten“. Die Versammlung wird noch oder gerade durch Jskraut für uns einen großen Erfolg haben, insbesondere, da es dem Referenten noch gelungen war, eine Auf-forderung in die Menge zu schleudern, „dem Herrn Jskraut und seinem Helfersbelfer bei der Wahl die Antwort auf sein Betragen zu geben“. Finanziell waren wir auch zufrieden, die Versammlung brachte 73 M. 90 Pfg. Kosten. Abends fand in dem dreiviertel Stunden weit entfernten Blotho eine Versammlung statt, in welcher Genosse Hoffmann über das-selbe Thema unter sich immer wiederholendem Beifall der den Saal bis auf den letzten Platz füllenden Menge sprach. (Viele waren von Rehme herübergepilgert.) Wie lange die Behörde dem Treiben eines Jskraut zusehen wird, sagt das „Volks-blatt für Hessen und Waldeck“, ist nicht abzusehen, sie ist aber mit verantwortlich für das, was event. ein-mal daraus entsteht, denn nur der musterhaften Haltung der Socialdemokratie ist es zu danken, daß es nicht zu ernstern Excessen kam.

Die maßgebenden preussischen Behörden werden gut thun, diesen Rath ernsthaft zu beherzigen. Man kann den Socialdemokraten nicht ewig zumuthen, sich ihr ge-festliches Recht auf die Abhaltung von Versammlungen immer und immer wieder durch einen Menschen wie Jskraut und seine Howdybande illusorisch machen zu lassen. Verfaßt die Polizei uns ihren Schutz vor derartigen Friedensstörern, dann müssen wir unser Recht schon selbst schützen. Die Macht dazu haben wir und anwenden werden wir sie gegebenen Falles auch.

## Ausland.

### Belgien.

Das belgische Pluralwahlstem findet jetzt, nachdem es von der Kammer angenommen ist, bei den alten Parteien eine immer schärfere Kritik. Der „Kreuz-Zeitung“ wird darüber aus Brüssel geschrieben:

„Jetzt, nachdem die erste Begeisterung über das Pluralwahlsystem verfliegen ist und eine ruhigere Stim-mung in allen unjeren politischen Kreisen Platz greift, gehen die Parteien daran, die Folgen des Systems Nyssens zu überdenken. Man kann gerade nicht be-haupten, daß diese Gedanken erfreulicher Natur sind. Vielmehr bricht sich allgemein die von uns sofort aus-gesprochene Ueberzeugung Bahn, daß mit der Annahme des Pluralwahlsystems die Aera der Schwierigkeiten für



Belgien nicht abgeschlossen ist. Die in der Angelegenheit zunächst interessirte Arbeiterpartei findet den Knochen, welchen die belgische Constituante ihr am 10. April hingeworfen hat, doch zu mager, indem ihr das System Nyssens das mit der einen Hand nimmt, was es ihr mit der anderen giebt. Da nämlich jede Arbeiterstimme durch zwei bis drei gegnerische Stimmen aufgewogen wird, so wird die Arbeiterpartei, falls nicht etwa das Proportionalwahlssystem in den Antrag Nyssens eingeführt wird, in dem neuen belgischen Parlament eben so wenig Vertreter besitzen, wie in dem alten. In der radicalen Partei, welche stets für das allgemeine und gleiche Stimmrecht schwärmte, droht wegen der Annahme des Pluralwahlsystems eine Spaltung auszubringen. Die Progressiven werfen den Parteiführern Janson und Féron mit Recht vor, daß das Nyssens'sche System nicht dem radicalen Programm entspricht und daß die radicale Linke daher gar kein Recht bejaßt, ohne Befragung der Wähler für das Pluralwahlsystem zu stimmen. Wie es heißt, soll ein besonderer progressivischer Congreß zur Verkleinerung des Nyssens einberufen werden. Die gemäßigtere Linke erblickt in dem Antrage Nyssens den Anfang einer vollständigen Umwälzung aller politischen Verhältnisse und Zustände Belgiens und befürchtet den zerstörenden Einfluß des Socialismus auf alle unsere staatlichen Einrichtungen, sogar auf den Fortbestand der monarchischen Staatsform. Die Katholiken bilden schließlich die einzige Partei, welche mit dem Pluralwahlsystem insofern nicht unzufrieden sind, als ihnen dasselbe wenigstens für die erste Zeit eine bedeutende Mehrheit im neuen Parlament sichert. Aber sie fürchten die Folge, den Sturz des Damms, welcher im Pluralwahlsystem gegen das allgemeine Stimmrecht errichtet erscheint. Thatsächlich beklagen die bedeutendsten katholisch-conservativen Zeitungen noch heute den übereilten Beschluß der Constituante und blicken mit großer Besorgnis in die Zukunft. So besteht denn derzeit in Belgien ein allgemeines Gefühl des Unbehagens, zumal auch die Frage auftritt, was denn mit der communalen Wählerchaft zu geschehen hat. Bisher war dieselbe viel zahlreicher, als die Kammerwählerchaft. Fortan wird sie aber weit geringer sein, und es ist klar, daß das System Nyssens über kurz oder lang auch auf die Gemeinderathswahlen ausgedehnt werden wird. Damit wären den Socialisten große und blühende Gemeinwesen in den industriereichen Provinzen und selbst in mehreren Brüsseler Vorstädten ausgeliefert, eine Perspektive, die naturgemäß weder die liberale noch die conservative Partei erfreut.

Wie in der Praxis das neue Wahlssystem wirken wird, läßt sich vorweg nicht im Einzelnen absehen. Der Groll der alten herrschenden Parteien büßt jedoch dafür, daß es dieser untraglichen Herrschaft bald ein Ende machen wird.

**Schweiz.**

Die reactionären Spießbürger der Stadt Bern, die sich im vorigen sogenannten „Einwohnerverein“ zusammengelunden haben, hatten sich wie seiner Zeit berichtet, worden, an die Berner Regierung gewendet, damit sie untersuche, ob nicht das Herumtragen der rothen Fahne bei Arbeiterzügen gesetzlich verboten werden solle. Ferner wünschte der genannte Verein, daß die Regierung der „Freien Schule“ des städtischen Arbeitersecretars Dr. med. Wastliow in Bern ihre Aufmerksamkeit zuwenden und nöthigenfalls energisch gegen gewisse hiesig-jährliche Socialdemokraten, wie Großrath Sieck, einschreite. Der Bericht der Berner Regierung stellt, laut „Berner Ztg.“ fest, durch das Herumtragen der rothen Fahne sei in der Stadt Bern die öffentliche Ordnung bis jetzt nicht gefährdet worden. Es sei auch nicht ermittelt, daß die Vereine, welche die rothe Fahne herumtragen, dieselbe als das Zeichen des Auftrahs betrachten. Soweit die rothe Fahne die öffentliche Ordnung nicht beeinträchtigt, bilde das Tragen derselben ein bürgerliches Recht, das von der Regierung nicht beliebig eingeschränkt werden dürfe. Die Regierung erwarte, daß Arbeitervereine und Publikum satzungsgemäß genug seien, um der Regierung keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben. Was die socialistische „Freie Schule“ des Dr. Wastliow betreffe, so müsse zunächst näher untersucht werden, ob dieselbe dem Gesetz von 1832 über den Privatunterricht widerspreche. Nur wenn dies zuträfe, wäre ein Einschreiten möglich. Der Einwohnerverein habe unterlassen, bestimmte Thatsachen anzuführen, welche die Regierung zu Maßnahmen gegen socialistische Elemente veranlassen könnten. „Die Freiheit der Mittheilung der Gedanken durch das Wort, Schrift, Druck und bildliche Darstellung“ sei in der Berner Staatsverfassung gewährleistet und „die Censur oder andere vorgreifende Maßnahmen“ ausdrücklich verboten. Das beste Mittel zur Bekämpfung der socialistischen Lehren, soweit sie staats-

gefährlich sein könnten, bilde grade die Deffentlichkeit. „Unsere freien Institutionen und die soliden Traditionen des Berner Volks“, schließt die Regierung, „bilden die stärkste Schutzwehr gegen jene Theorien, auf deren Gefährlichkeit der Einwohnerverein uns aufmerksam machen zu sollen glaubte.“

**England.**

**Verathung der Homerule-Vorlage.** Am 4. Mai soll die Einzelberathung der Homerule-Vorlage beginnen. Das Unterhaus hat sich deshalb in einen Ausschuss verwandelt. Als solcher darf es nur die ihm vom Hause als solchem zugewiesenen Gegenstände in Verathung ziehen; erscheint es wünschenswerth, daß auch andere Gegenstände erwogen werden, so hat das Haus eine den Ausschuss dazu ermächtigende „Instruction“ zu geben. Anträge in diesem Sinne sollen stets noch vor der Verwandlung des Hauses in einen Ausschuss, also nicht erst als Zuläge zu der Frage, „ob der Sprecher seinen Sitz verlassen soll“ gestellt werden. Auf diese Regel gründet sich, schreibt die „Vossische Zeitung“ der weitere Verschleppungsplan der Opposition. Schon liegt eine ganze Reihe von Instructionsanträgen vor, deren Verathung so lange hinausgezogen werden soll, daß die thatsächliche Umwandlung des Hauses in einen Ausschuss erst nach Pflingsten erfolgen kann. Leider wird es der Regierungsmehrheit kaum möglich sein, diesen Plan zu vereiteln. Trotzdem wird der Man der Ulsterpatrioten im Unterhause scheitern. Im Oberhause freilich liegt die Sache anders. — Wie schimpflich die Kampfesweise der Ulsterpatrioten ist, geht unter Anderem aus der von der „Kölnischen Volks-Zeitung“ gebrachten Nachricht hervor, daß die Firma Durland u. Wolff unter dem Druck des Mechs in Seidenhüten ihre 500 katholischen Arbeiter habe entlassen müssen. Die in der irischen Partei organisirten Katholiken — denn die Mehrheit der Iren sind römisch-katholisch — sind weit duldsamer und anständiger, als dieser hochfurchlich-protestantische Goldschäpöbel. War doch der langjährige Führer der katholischen Iren, Parnell, ein Protestant. — Das Unterhaus genehmigte die zweite Lesung der Bill, betreffend die Eintragung der parlamentarischen Wähler in die Wählerlisten (Wahlregister-Gesetz) mit mehreren Aemendments.

**Breslauer Nachrichten.**

Breslau, den 1. Mai 1893.

**Der Arbeitersciertag.**

Nun ist es schon das vierte Mal, daß das zielbewusste Proletariat beider Welten den Tag feierlich begeht, der ihm ein Denkmal, der ihm ein Tag des Bewußtseins, der Erkenntniß, der Sammlung sein soll. Und wenn irgend wo sich ein Ereigniß vollzogen hat, welches einem Theile der Menschen wichtig erschien und dessen Kenntniß man nicht vom Strome der Zeit verfließen lassen will, so setzt man ihm ein sichtbares Zeichen, ein Denkmal. — Auch das Proletariat will die Zeit ehren, in welcher es die heilige rothe Fahne des Völkerfriedens, der Güte und der Gewalt zum Trog, entfaltete. Kein Raum steht uns zur Verfügung, wo wir ein in Erz und Stein geschriebenes Denkmal setzen könnten. Nun wohl, gehört der Raum unseren Herren, so dachte der Arbeiter, so gehört doch die Zeit Dir, aber auch hierin hat sich der Arme getäuscht. Wuthschreiend und zugleich angstschlotternd steht der Herrscher „Geld“ auf: „Was erfreut Ihr Euch! Mein in Eure Zeit, Ihr seid mir mit Leib und Seele ver-schrieben, marsch an die Arbeit! Ich werde Euch rufen, wenn ich ein Feind für nöthig halte, wenn ich es feiern will!“ Der Proletarier prüft die Worte, aber ach, sie ist ebern und stark, jedoch auch er fühlt die Kräfte sich vermehren und der unerschütterliche Glaube, daß er sie zerbrechen, daß er liegen wird, nicht ein in sein Herz. Heute ist der erste Mai, der Tag der Kettenfeier des Proletariats.

Die Breslauer Arbeiter haben wie überall einen harten Kampf um die Möglichkeit des Begehens des Arbeitersciertages zu führen. Man bemüht sich mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, ihnen so schwer als möglich die freie Entfaltung ihrer Maifeier zu machen. So mußte denn auch der gemeinsame Ausflug in die freie Natur von der Breslauer Socialdemokratie auf einen gesetzlichen Feiertag verlegt werden. Der gestrige Tag, der letzte des Aprilmonats, war der dazu auserwählte. Er war die, trotz allem günstigen Geiz, gelungene Vorfeier zum heutigen Gedertag. Gleich nach Tisch soll die locale Völkerwanderung nach der Schwedenschanze ihren Anfang genommen haben. Als wir gegen 2 Uhr am Bergkeller anlangten, sahen wir vor- und rückwärts, so weit wir blicken konnten, eine wogende Menschenmasse.

In harmlos fröhlicher Feststimmung ging es, ohne im Bergkeller zu rasten, der Schwedenschanze zu. Weiter gehen, weiter gehen, lief durch die Massen in der Nähe des Bergkellers die Parole. Zahlreich aufgebotene Schutzmannschaften, von Strecke zu Strecke postirt, schauten mit der gewöhnlichen Amtsmiene, sich sonst äußerlich müßerhaft verhaltend, in die eine endlose Kette bildenden Schaaren der Socialdemokratie hinein. So ging es in ungezwungener Fröhlichkeit nach Damiß, wo es bald an allen Ecken und Enden von Menschenmassen wimmelte. Auf eine Schätzung der Massen läßt sich allerdings schlecht eingehen; wir hörten die verschiedensten Meinungen. Man schätzte die Masse auf 20 bis 30 Tausend Köpfe. So viel glauben wir aber mit Bestimmtheit constatiren zu können, daß mindestens die Theilnehmer in gleicher Stärke wie voriges Jahr vorhanden waren. Die Schwedenschanze hatte sich wie sonst des Besuches fast Jedermanns zu erfreuen. Einmal auch sie betreten zu haben und Theil am Gesange eines frischen, freien, trotzigen Arbeiterliedes genommen zu haben, gehörte zum Programm des Tages. Am Fuße der Schanze im Stablisement gab man sich das Stellbischein zur Ruhe und Erfrischung. Eine Concertcapelle und Gesangsvorträge sorgten für den unterhaltenden Theil unseres Ausfluges. Als die Fahne des Arbeiter-Vereins im Garten anlangte und entrollt wurde, grüßte sie ein begeistertes Zuruf aller Dever, die ihr Gefolgschaft mit Herz und Hand gelobt. So vergingen in buntem Durcheinander ohne jeden wesentlichen Miston die Stunden, nur der Himmel schien mit bösen Dämonen zu kämpfen. Die einladenden Sonnenstrahlen wurden durch leichten Sturm und zeitweiligem Drohen mit Regen uns zum unbedingtesten Genuss verflümmert. Im großen Ganzen jedoch war die Unabständigkeit des Wetters dennoch zu gering, um einen wesentlichen Einfluß auf die Feststimmung auszuüben. Der Rückzug vom Ausfluge, welcher in den Spätnachmittagsstunden begann, währte bis in die halbe Nacht. Gendarmerie wie Schutzmannschaft in Uniform und in Civil war zahlreich in ganz Damiß vertreten. Im „Livoli“ hatte die „heilige Hermantat“ ihr Hauptquartier aufgeschlagen. Es war Alles sorgfältig organisiert. Die Breslauer Socialdemokratie gab jedoch bei ihrem Ausfluge nicht die geringste Veranlassung zu einer Kraftentfaltung. Ja wir constatiren gern, daß wir uns Alle, die freiwillig und ungewollt gestern zur Truppenschau der Breslauer Socialdemokratie zur Stellen waren, gut vertragen haben.

[Lohn in „Musterwerkstätten“.] Im Nachstehenden geben wir unseren Lesern einen Lohnzettel zur Kenntnißnahme, welcher der Eisenbahn-Hauptwerkstatt Breslau-Doerthor entnommen.

Abrechnungszettel  
für 26. Juli bis 25. August 1892.

Control-Nr. . . . .			
Name . . . . .			
Handwerk: Dreher.			
Arbeitstage in			
Tagelohn 13,95 = 139 1/2	Stunden		
Stüchlohn 9,45 = 94 1/2			
		Mk. Pf. Mk. Pf.	
Gelbbetrag . . . . .		49	40
Davon ab:			
Eintrittsgeld zur Krankenkasse . . . . .			
Laufende Beiträge . . . . .	1	53	
Arzneikosten . . . . .			
Geldstrafen . . . . .			
Eintrittsgeld zur Pensionskasse . . . . .			
Laufende und nachgezahlte Beiträge dazgl. . . . .	1	72	
Erhaltkosten . . . . .			
Spargroschen . . . . .			
Vorschuß . . . . .	26	—	
Abzüge im Ganzen . . . . .		29	30
Bleibt Baarzahlung . . . . .		20	10

Der vorstehende Lohnzettel macht jeden Commentar überflüssig, dafür ist er aber auch aus einer „Musteranstalt“ des bestehenden Staates, der in Zuchthäusern, Fabriken und Kasernen die Lösung der socialen Frage zu erblicken scheint.

[Nur für Bourgeois.] Die Firma Krause und Nagel, welche die Passagier-Dampfschiffahrt im sogenannten Oberwasser der Oder gleich einem Monopol beherrscht, gab für dieses Jahr einen neuen Personenfahrgebidtarif für die Benutzung ihrer Dampfer heraus. Darnach sollte unter anderem die Tour vom Halteplatz an der Promenade, nach dem Zoologischen Garten oder umgekehrt pro Person 10 Pf. kosten. Es war dies eine Herabsetzung des bisherigen Fahrpreises um die Hälfte. Die Ursache darin ist wohl in der Concurrenz von der bald mobil seienden elektrischen Straßenbahn zu suchen. Diese Fahrpreis-Ermäßigung hat aber noch eine andere Seite, denn sie gilt nur für Wochentage.



Die Sonntags-Ausflügler müssen, wenn sie einen Dampfer benutzen wollen, nach wie vor den alten Fahrpreis entrichten. Nun aber sind mit verhältnismäßig wenig Ausnahmen die Wochentags-Passagiere Leute, bei denen Groschen keine Rolle spielen; wogegen das Sonntags-Publikum zum weitausgrößten Theil schon mit einem 10 Pf. als mit einem oft aufschlagenden Finanzfactor rechnet. Uns theilte vor kurzer Zeit auch einer unserer Leser mit, wie empfindlich es ihm an einem Sonntag getroffen hätte, als er nach einem längeren Spaziergang mit seiner Frau und einer gesegneten Kinderschaar am Schalter der Dampfschiff-fahrt am „Zoologischen Garten“ leider erst zu spät erfahren mußte, daß für 10 Pf. nur Wochentags-Nichtsther befördert werden. Man hatte sich nur oberflächlich von der Fahrpreis-Ermäßigung überzeugt; dann einen tüchtigen Marsch gethan, war man doch längst durch von vom Vater genehmigten Familienbeschluss, einig, den Rückweg auf dem Rücken der Oder anzutreten. Der Geldbeutel mußte nun einer sehr genauen, aber sehr schnell beendeten Durchsichtung unterworfen werden. Es langte gerade noch, mirde war alles, man zählte die Arbeitergroschen und stieg am Ausgangsort verstimmt ans Land. Die projectirte nochmalige Einkehr mußte unterbleiben und mit einem Bitterkeitsgefühl war der fröhlich unternommene Ausflug beendet.

[Zur Beachtung.] Wir gehen der Partei-Genossen, welche noch Mai-Festzeichen in Verbleis haben sollten, bekannt, daß selbige nicht zurückgenommen werden, da bei dem Spaziergang nach Oswig der regen Nachfrage nicht Folge geleistet werden konnte, folglich mit Bestimmtheit angenommen werden muß, daß sämtliche Festzeichen verkauft waren.

**Unsere elektrische Straßenbahn.**  
I.  
B. G. Die elektrische Straßenbahn, welche demnächst in Breslau eröffnet werden und einem dringenden Bedürfnis abhelfen wird, ist ein Unternehmen, bei dem das Herz jedes eins- und profiteurischen Capitalisten ihm im Leibe lachen muß.

Die Actiengesellschaft „Elektrische Straßenbahn Breslau“, welche durch Vertrag vom 9. Juni 1892 gegründet worden ist, steht zwar zunächst nur ein verhältnismäßig bescheidenes Capital in Bewegung, denn das Actien-capital der Gesellschaft beträgt nicht mehr 3 150 000 Mark. Was will das in einer Zeit sein, in der, wie es jüngst in der „Kreuz-Zeitung“ geschah, ein einziger „nothleidender Landwirt“, oder ein solcher, der es werden will, für 7-8 Millionen Mark abgerundeten Grundbesitz, wenn möglich, bei baarer Auszahlung des Summens, gesucht hat.

Wir glücklichen Deutschen dürfen ja nicht vergessen, daß unter Nationalreichtum mit jedem Jahre immer Kolossalere wächst. Wir besitzen jetzt schon nach sehr bescheidener nationalökonomischer und ministerieller Schätzung, die wahrlich eine Unterschätzung ist, 120 Milliarden Mark, und unsere besitzenden Klassen, von 10 000 Mark Jahresinkommen aufwärts, werden in rasendem Tempo immer reicher.

Es ist daher dringend notwendig, daß Unternehmungen geschaffen werden, bei welchen das Capital mit einer robusten Natur arbeiten, größer werden, mehr Capital zeugen kann. Da, wo solche Unternehmungen entstehen, und deren gedeihen von vornherein verbürgt ist, blüht der Weizen des Capitalismus, und letzteres ist in hohem Grade der Fall bei unserer elektrischen Bahn.

Dieselbe verbindet bekanntlich Grabschen, quer durch Breslau hindurch, mit Scheitnig und außerdem über die Lauenziersstraße mit Morgenau. Sie führt, wie mit gutem Grund rühmend hervorgehoben wird, an den Hauptpunkten des Handels, der Märkte und des Sitzes der Behörden, an der Börse, der städtischen Sparkasse, dem Amtsgericht, Landgericht, Oberlandesgericht, dem Rathhaus vorüber, über den Ring und den Neumarkt hinweg und wird den regen Verkehr der Stadt weidlich ausnützen und mächtig erhöhen. Es ist ein ungewöhnlich zukunfts-gewaltiges Unternehmen, diese elektrische Bahn. Die bereits jetzt bestehende Straßenbahn mit Pferdebetrieb wirkt, wie Jedermann weiß, schon viele Jahre lang, den ärmlichsten Ertrag ab. Es ist kein Zweifel, daß es der elektrischen Bahn ebenso ergehen, ja daß sie wahrlich noch unvergleichlich besser rentiren wird.

Unser Breslau mit seinen zukunfts-trohen, gemeinnützigen Unternehmungen ist fürwahr eine beneidenswerthe Stadt, und wir, die wir das Vergnügen haben, die Bürger und Einwohner dieses großen und mächtig ins Weltstädte hineinzuwachsenden Gemeinwesens zu sein, könnten fast auf den Verdacht kommen, daß es uns zukünftig vom Schicksal erspart werden wird, Steuern zu zahlen, diemeil wir so rentable Unternehmungen unser eigen nennen und so riesig viel dabei profitieren.

Doch halt — profitirt wird schon heute und die Stadt Breslau ist die Trägerin des in Reihe stehenden Unternehmens, aber sie sowohl, wie der zum allerdings sehr viel kleineren Theil betheiligte Kreis Breslau hat diese ertrags-sichere Unternehmung an eine Gesellschaft von Capitalisten übertragen und zwar gleich auf ganze 30 Jahre hinaus. Freilich haben sich die Stadtbehörden auch einen Profit gesichert. Für die Benutzung der Straßenzüge seitens der elektrischen Bahn sind von der jährlichen Bruttoeinnahme an die Stadt 3-5 pCt. zu entrichten. Das wird aber nicht hindern, daß 8, 10, 12 oder mehr Procent Dividende für die Actieninhaber abfallen werden.

Im selbstsüchtigen Capitalisteninteresse ist ein solches Gebahren der Stadtväter wohl zu verstehen. Sie sorgen sorgfältig und eifrig entweder für den eignen Geldbeutel oder von irgend welchen getreuen Capitalnachbarn. Mit welchem Gemeinwohl aber, wie er doch offenbar die Herzen und den Verstand der Mitglieder solcher Stadtbehörden be-

seelen mühte und wie er bei jeder Gelegenheit im Munde geführt wird, läßt sich das nicht vereinbaren.

Bei unserer elektrischen Straßenbahnunternehmung ist noch weniger wie bei unserer Pferdebahn irgend eine Spur des Risicos vorhanden und genau so gut, wie der Kaufmann Herr Moritz Weblau, so heißt der Unternehmer, mit der allgemeinen Electricitätsgesellschaft in Berlin die betriebsfertige Herstellung der gesamten Bahnanlage vereinbart hat, genau so gut muß es doch der Breslauer Magistrat können, ja sogar zweifellos noch sehr viel besser. Herr Moritz Weblau ist zunächst nur ein Mann und der Magistrat besteht aus einer ganzen Menge hoffentlich mindestens ebenso arbeiter, ebenso umsichtiger Männer, dem Magistrat stehen für jeden Fall Zimmermeister, Maurer- und Baumeister, Bauinspektoren und Bauärzte zur Verfügung. Herr Moritz Weblau mit seinen Gründergenossen hielt für praktisch, der allgemeinen Electricitätsgesellschaft in Berlin nicht nur die Einrichtung der erforderlichen Betriebsgebäude, sondern auch den Erwerb der Grundstücke zu übertragen, und das thut besagte Gesellschaft nur für ein gutes Stück Geld, das wenigstens zu einem beträchtlichen Theile die Breslauer Stadtväter sich und uns Breslauer ersparen konnten.

Schon hier merken wir, daß unsere elektrische Straßenbahn für uns ein theurer Spaß, viel zu theuer sein wird, daß ganz unnötig gewaltige Kosten verursacht sind. Im Folgenden aber werden wir sehen, wie dieses mächtige Unternehmen so eingerichtet ist, daß es den ganzen eigentlichen materiellen Vortheil uns Einwohnern vor dem Munde wegnimmt und in wenige Privatpöckchen hineinraubert.

[Marmoruna der Feuerwehr.] Am 28. v. Mts., Nachmittags 5 Uhr 47 Minuten, wurde die Feuerwehr nach der Sternstraße Nr. 51 gerufen. Wo im zweiten Stock des Vordergebäudes in einer Schlafkammer ein Kleiderkasten, ein Korb mit Kleiden und ein Theil der Dielung aus unermittelter Ursache in Brand gerathen, aber bereits vor der Ankunft der Feuerwehr gelöscht worden waren.

[Vermisst.] Der 19 Jahr alte Gasanstaltsarbeiter Ernst Scholz hat sich am 25. April d. J. aus der Wohnung seiner Mutter auf der Scheinigerstraße entfernt und ist nicht mehr zurückgekehrt. Zuletzt ist der junge Mann auf der Thiergartenstraße gesehen worden. Scholz ist groß und kräftig gebaut; seine Kleidung besteht aus blauer Blouse dunkelbraunfarbtem Anzug und Schirmmütze.

[Polizeiliche Nachrichten.] Gefunden wurde: Ein Portemonnaie mit nicht unbedeutendem Inhalt. — Abgehoben gekommen: Ein Portemonnaie mit 16 Mk. Inhalt. — Verhaftet wurden: Am 28. v. M. 37 Personen.

**Schlesien.**

**Trebnitz.** Der Amtsvorsteher von Walter Graf Mahlau, Kreis Trebnitz, hielt vor einiger Zeit in Bingerau eine Versammlung ab und während derselben eine Rede, durch welche er die Bauern für die Sache der Herren Großgrundbesitzer zu gewinnen suchte. Leider hatte er keinen Erfolg damit, denn die „dummen“ Bauern bewiesen ihm klar und deutlich, daß sie selbst bei Erfüllung der betreffenden Wünsche gar keine Vortheile haben würden, noch viel weniger aber die armen Hofarbeiter, sondern daß sie nur der verächtlichsten Grundbesitzer raffen und die gnädigen Herren weiter in dalei jabilo leben könnten.

**Grünberg.** Gegen vier hiesige Genossen ist die Untersuchung eingeleitet worden wegen Verbreitung des Landflugblattes. Der Anklage liegen zu Grunde die §§ 111, 130 und 131 des Strafgesetzbuches.

**Altwasser.** Vor Kurzem sind hier wiederum unverheirathete Borstellandbrecher entlassen worden, wogegen bei den früheren Entlassungen verheirathete sich befanden. Nur wenige Arbeiter haben anderweitig Arbeit gefunden, die Mehrzahl sucht noch welche. Die Arbeiter sind nur brodblos durch Anschaffung von neuen Maschinen gemacht worden. — Die Maschinenteknik im Dienste des Capitals ist der größte Schaden für den Arbeiter.

**Neisse, 25. April.** Kampf zwischen Soldaten und Civilisten. Eine förmliche Schlacht lieferten, nach der „Neisser Presse“, am vorigen Sonnabend Abend elfliche 2) Soldaten, den verschiedensten Regimentern der Garnison an der Spitze, 4 Arbeitern des Artilleriedepots vor der zur Zeit am Wilhelmplatz aufgedachten Schießhalle. Einer der Arbeiter hatte im Laufe des Gesprächs zu einem der Militärs die Worte: „Dummer Meerkat“ geäußert. Das brachte die Gemüther der Soldaten so sehr in Wallung, daß sie allesamt über die vier wehrlosen Civilisten mit ihren Seltengewehren herfielen und ihnen nicht unerhebliche Verwundungen an Rücken, Kopf, Händen u. bebrachten.

**Waldenburg.** Die Fürstlich Pleßische Grubenverwaltung läßt eine vollständige Broschüre über: „Der socialdemokratische Zukunftsstaat vor dem Deutschen Reichstage“, Wortlaut der Reden vom 31. Januar bis 7. Februar 1893, nach dem stenographischen Bericht des Druckfaden-Materials des Deutschen Reichstages“ an ihre Arbeiter vertheilen. Herausgegeben ist die Broschüre von „Centralverband Deutscher Industrieller“. Drucker und Verleger derselben ist: Samuel Lucas in Elberfeld. Wir können nur von ganzem Herzen dieselbe ebenfalls empfehlen und wünschen nur noch, daß dieselbe recht eingehend von den Arbeitern gelesen werden möge. Daraus können dieselben am besten ihre Freunde und Gegner kennen lernen. Der Erfolg dürfte zu unseren Gunsten ausschlagen. Wenn die anderen Gruben im Bezirk ebenfalls den Weg, diese Broschüre an die Arbeiter zu vertheilen, einschlagen, würde es uns recht angenehm sein, denn der Socialdemokratie wird dadurch nur gebient sein und derselben Kosten und Mühe erspart. Unsere Partei im Reiche vertheilt diese Reden auf ihre Kosten, und hier ist die Arbeitgeber-Partei betheilig, dies auf ihre Kosten zu verbreiten. Jedenfalls wissen Letztere, daß wir im hiesigen Kreise wenig Mittel, solche Broschüren verbreiten zu können, besitzen. Ob dies Schriftstück von einem Gegner gedruckt ist, soll uns hier nicht kümmern, da nur eine wortgetreue Wiedergabe der Reichstagsverhandlungen vorliegt. Viele Genossen haben dieselbe auf ihre Kosten angeschafft. Wäre das Arbeitsgeheimthum eher mit der Broschüre herausgekommen, da hätten die betreffenden Genossen sich das Geld ersparen können! Unsere Genossen haben nur aus Rücksicht wegen ge-

ringer Mittel in einem Theile des Kreises einen Auszug aus den betreffenden Reichstagsverhandlungen: „Die Bebel'sche Rede über den Zukunftsstaat“ verbreiten können.

**Aus den Nachbarprovinzen.**

**Posen, 23. April.** Wasserversorgung. In einer der letzten Sitzungen beschäftigte sich die Stadtverordneten-Versammlung mit einer für die sanitären Verhältnisse der Stadt Posen wichtigen Vorlage, der Wasserversorgung der Stadt Posen mit Quellwasser. Neben der Kunstwasserleitung, die filtrirtes Warthwasser liefert, das insofern von chemischer Autorität für nicht völlig einwandfrei erklärt wird, verbraucht die Stadt noch Quellwasser, welches jedoch in beschränktem Maße zugeführt wird. Die vorhandenen sechs Quellwasserbrunnen an der Oborniker Chauffee sollen neu verbessert und erweitert werden. Bei der geplanten Erweiterung wird die Quellwasserleitung so viel Wasser liefern, daß die gesamte Stadt mit bestem Quellwasser versorgt werden kann, was besonders für den Fall einer Cholera-Epidemie von größter Bedeutung wäre, indem dann die Kunstwasserleitung ganz geschlossen werden könnte. Um das gute Quellwasser allen Stadttheilen zugänglich zu machen, soll die Zahl der Wasserstände von 31 auf 72 vermehrt werden. Die Kosten für die erweiterte Quellwasseranlage betragen einmalig 65 000 Mark und 5500 Mark laufende Ausgaben. Die ersteren sollen aus der Anleihe bestritten werden. Die Vorlage wurde schließlich einstimmig angenommen.

**Flatow, 26. April.** Heute um 3 Uhr Morgens wackten und die Feuer-Signale. Es brannte das zwischen der Stadt und dem Bahnhof in einem Garten gelegene Etablissement des Herrn Schröder. Die freiwillige Feuerwehr, die sehr bald am Platze erschien, konnte nur wenig ausgerichten, weil es ihr Anfangs unmöglich war Wasser zu finden. Der neuerbaute Saal und das Haus wurden ein Raub der Flammen. Die Abgebrannten haben, obwohl sie versichert sind, einen großen Schaden erlitten.

**Aus dem Kreise Flatow, 25. April.** Wie gefährlich die Inanspruchnahme von Quacksalberei werden kann, zeigt wieder nachstehender Vorfall. Der Sohn des Besitzers H. in Brunau hatte sich beim Spielen einen Fuß verrenkt. Der Vater fuhr nun mit dem Kinde zu einem „Augen Mann“ nach Klein-Lutau. Dieser drehte an dem Kinde, um ihn etwas auszuheilen und leate einen Verband ein. Perubigt fuhr der Vater nun nach Hause. Hier klagte der Knabe aber über heftige Schmerzen, und erst als sich eine bedeutende Geschwulst eingestellt, wurde der Arzt zu Hilfe gezogen, welcher eine Resektion des Knochens feststellte und die Ueberführung des Knaben in das Krankenhaus zu Wandsbura anordnete. Gleichzeitig stellte er gegen den „Wunderdoctor“ bei der Staatsanwaltschaft den Strafantrag, worauf der „fluge Mann“ zu 160 Mk. Geldstrafe oder dementsprechender Gefängnisstrafe verurtheilt wurde.

**Vereine u. Versammlungen.**

**Lesestimmer 3.** An der am Dienstag, den 25. April im Lesestimmer 3 abgehaltenen Sitzung der Versammlung des socialdemokratischen Vereins hielt Genosse Scherb einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Lage“. Scherb legte zunächst die Rücksicht der herrschenden Klassen gegenüber den bestehenden socialen Verhältnissen dar, wie sie in den, in neuerer Zeit dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwürfen zu Tage treten. Hernach ging der Referent auf eine Socialbesprechung der lex Heinze und des Reichsfeinden-Gesetzes ein, beide Gesetzentwürfe vom socialdemokratischen Standpunkte beleuchtend, und den Klassencharakter, wie er besonders in dem ersteren Gesetzentwurf sich documentirt, offen darlegend. Zum Schluß erörterte Referent noch die Militärvorlage, welche augenblicklich den Löwenantheil des politischen Interesses für sich in Anspruch nehme und wahrscheinlich Ursache zu einer Reichstagsauflösung sein werde, welche der Socialdemokratie Gelegenheit geben werde, ihre Kräfte im Wahlkampf zu messen. An den von der verhältnismäßig gut besuchten Versammlung beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine längere Debatte an, in welcher Genosse Giesemann die international politische Lage erörterte, die ebenfalls überall ein frisches Emporstreben der unterdrückten Klassen erkennen lasse, und auch uns ein Ansporn zu immer rastloserer Thätigkeit sein müssen. Nachdem unter Vertheilung noch einige Angelegenheiten erörtert worden waren, erfolgte der Schluß der Versammlung um 10 Uhr 15 Min. k. t.

**Deutscher Reichstag.**  
Original-Berichte der „Volkswacht“.

85. Sitzung.  
Freitag, 28. April 1893. — 1 Uhr.  
Abg. Richter (fr.) begründet nachstehende Intervention: „Im Bereich des VII. Reichs-Armee-corps soll nach öffentlichen Vätern bei den Frühjahrs-Controllversammlungen ein Corpsbefehl verlesen worden sein, welcher mehrfach zu dem Mißverständniß Anlaß gegeben hat, als ob die Personen des Beurlaubtenstandes im Beurlaubtenverhältniß in Bezug auf ihre staatsbürgerlichen Rechte irgend welcher besonderen Beschränkungen bei der öffentlichen Erörterung allgemeiner Fragen der Militärgehegung unterworfen wären. Ich erlaube mir daher, den Herrn Reichstagskanzler zu fragen, ob derselbe geneigt ist, durch Mittheilung des wirklichen Sachverhalts der weiteren Vertheilung solcher Mißverständnisse entgegenzutreten.“ Die betreffenden Zeitungsmittheilungen seien ihm durch Theilnehmer an Controlversammlungen bestätigt worden. Ähnliches sei in Weiskensfeld, Mannheim und Posen vorgekommen. Die Leute seien verwahrt worden, an Versammlungen theilzunehmen, in denen über militärische Angelegenheiten verhandelt werde und Unterschriften in militärischen Angelegenheiten zu sammeln oder zu geben. Man habe das so ausgelegt, daß Personen des Beurlaubtenstandes verboten sein soll, an Kundgebungen für oder gegen die Militärvorlage theilzunehmen. Die Beschränkung des § 101 des Militär-Strafgesetzbuches könne sich ihrem ganzen Sinne nach nur auf Angelegenheiten beziehen, die des militärischen Dienstverhältniß betreffen; sie könne nicht den



Sinn haben, den sonderbaren Zustand herbeiführen, daß von den 10 Millionen Wählern des Reichs die 2 3 Millionen Personen des Verurtheiltenstandes Wähler 2. Klasse sein sollen. Er bitte, das Mißverständnis durch eine bestimmte Erklärung zu beseitigen.

Kriegsminister v. Kattenborn: Der Sachverhalt sei, daß in Folge einer Anfrage des württembergischen Kriegsministeriums anlässlich eines dort vorgekommenen Specialfallcs eine erläuternde Verfügung zu § 101 des Militärstrafgesetzbuchs an die Corpscommandos erlassen worden ist. Eine Person des Verurtheiltenstandes hatte als Vorsitzender eines Kriegervereins eine Versammlung zur Erörterung militärischer Angelegenheiten berufen, welche eine Eingabe an das Kriegsministerium richtete! Der Versammlung hatten auch Reservisten beigewohnt. Die erlassene Verfügung entbehre jeden politischen Charakters und habe keineswegs den Zweck, die Personen des Verurtheiltenstandes in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Pflichten irgendwie zu beschränken.

Damit ist die Angelegenheit erledigt.

Es folgt zweite Beratung des Nachtrags etats für 1893/94. Die Forderungen für Erhebung der deutschen Gesandtschaft in Washington zu einer Botschaft und für den Ankauf eines Botschaftshotels in Madrid (Ref. Abg. Amberg) werden debattenlos angenommen. Bei der Nachtragsforderung für die Beibehaltung des Deutschen Reichs an der Weltausstellung zu Chicago (Ref. Abg. Scipio) wünscht Abg. Goldschmidt (frs.) die Herausgabe eines Generalberichts über die deutsche Beteiligung an der Ausstellung. Ein solcher Bericht würde eine Fundgrube der Belehrung sein.

Staatssecretär v. Bötticher erwidert, daß alle Personen, die von Reichswegen nach Chicago geschickt würden, angehalten werden sollten, über ihre Wahrnehmungen Bericht zu erstatten. Ob diese Einzelberichte zu einem Generalbericht vereinigt werden sollen, sei noch nicht entschieden, ein erschöpfendes Material werde ein solcher Generalbericht nicht ergeben. — Die Forderung für Chicago wird hierauf genehmigt.

Dann wird die dritte Beratung der Novelle zum Buchergesetz fortgesetzt.

Abg. Stadthagen (Soc.) beruft sich auf frühere Aeußerungen des Abg. Liebermann von Sonnenberg zum Beweise dafür, daß die Antisemiten nicht den Wucher im Allgemeinen sondern einen speciell jüdischen Wucher bekämpften. Er erkenne an, daß Liebermann v. Sonnenberg allerdings mit der an ihm gewohnten Wissenschaftlichkeit getrennt seinen früheren Standpunkt verlegt. (Vizepräsident Dr. Baumbach ruft den Redner wegen des Ausdrucks „Wissenschaftlichkeit“ zur Ordnung.) Es sei ihm nicht eingefallen, zu behaupten, daß Liebermann v. Sonnenberg jüdischer Abkunft sei. Es könne seiner Religionsgemeinschaft angenehm sein, ihn zu der ibrigen zu zählen. Er habe auch keine Ursache, die Acten der Liebermann'schen Vorfahren durchzustöbern; es seien Acten in diesem Hause niedergelegt worden, die sie auf den jetzigen Träger dieses Namens bezögen und die ihm genügen. Wenn die Statistik eine relativ große Zahl von jüdischen Wuchern ergebe, so erkläre sich das daraus, daß es eine relativ große Zahl jüdischer Kaufleute gebe. Ein Vergleich zwischen jüdischen und christlichen Kaufleuten falle hinsichtlich der Zahl der Wuchersfälle noch etwas zu Ungunsten der letzteren aus. Es sei ja bekannt, daß ein gewisser Böckel in Frankfurt a. M. Wucher getrieben. (Abg. Böckel ruft: Gemeinheit! Erbärmlichkeit! und wird deshalb vom Vizepräsidenten Dr. Baumbach zur Ordnung gerufen. Abg. Böckel: Er hat meinen Vater beleidigt! Schmit! Zweiter Ordnungsruf. Abg. Böckel: Ich kann die Ehre meines Vaters nicht beschimpfen lassen!) In der heutigen Gesellschaftsordnung könne der Wucher nicht ausgerottet werden, da sie sich auf Ausbeutung aufbaue. Das sei aber kein Grund anzukämpfen. Nötig wäre es gewesen, auch den Arbeitsvertrag unter das Wuchergesetz zu stellen. Auch die Vertheuerung der Lebensmittel gehöre darunter. Jede Ausbeutung der Nothlage, gleichviel ob einzelner Personen oder ganzer Klassen, sei verwerflich.

Abg. Kunert (Soc.): Ahlwardt, eine Autorität auf dem Gebiete des Wuchers, habe in seinem bekannten Briefe an Herrn Grob gesagt, daß von denen, die ihn bewuchert hätten,  $\frac{1}{3}$  Christen und  $\frac{2}{3}$  Juden seien. Derselbe Ahlwardt wäre übrigens auch gern einmal Socialdemokrat geworden, vorausgesetzt, daß ihm ein Pumps beim Abg. Singer glückte, was aber nicht der Fall war. (Heiterkeit.) Es sei getrennt von den Antisemiten versucht worden, ihn zu den Ibrigen zu machen. Damit habe man aber kein Glück. Nach seiner Meinung gehörten die Antisemiten in ein Correctionshaus für südtlich Verwahrloste.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antil.) dankt den Socialdemokraten für diese Absage, nun werde man wenigstens die Antisemiten nicht mehr mit den Socialdemokraten in einen Topf werfen können. Stadthagen habe in großer Erregung gesprochen; der Anlaß könne nur sein, daß ihm gestern zugemuthet wurde, ein Bad zu nehmen. (Große Unruhe bei den Socialdemokraten. Pfui!) Auf einen groben Mißgriff gehöre ein grober Keil. Der scharfe Ton, der von jener Seite angeschlagen werde, bewirke, daß Brüder die Gründe ausgegangen seien. Die Feststellung, daß Ahlwardt versucht habe, bei den Socialdemokraten anzukommen, könne ihm und seinen Freunden nur erwünscht sein. Stadthagen habe ihn in allen Punkten falsch citirt; er habe nie davon gesprochen, nur den jüdischen Wucher treffen zu wollen. Stadthagen habe auf Acten angepielt, die nach Art Ahlwardt'scher Acten vor einigen Jahren gegen ihn vorgebracht worden seien. Er habe nie ein Pehl daraus gemacht, daß er sich als junger Offizier in Wucherhänden befunden habe, und er gebe auch zu, nicht ohne eigenes Verschulden. Der Fall sei ehrengerichtlich entschieden, er brauche die Ehrengerichte nicht zu fürchten. Er sei beim Ehrengerichte besser weggekommen, als Stadthagen.

Abg. Böckel (Antil.): Er sei immer Gegner Ahlwardt's gewesen; aber das Vorgehen Ahlwardt's sei immer noch besser als das Stadthagens, denn Ahlwardt habe wenigstens nicht den Vater beschimpft, um den Sohn zu bekämpfen. Ein solches Verfahren sei unerhört im Reichstage. Wenn man im Privatleben den Socialdemokraten nachschneifen wollte, würde man es zu Tode geübt werden. Ihm selbst sei von der Frau eines socialdemokratischen Abgeordneten Material gegen denselben angeboten worden; er habe dasselbe entrüßet zurückgewiesen; zu solchen Gemeinheiten geben sich Antisemiten

nicht her. Bei den Socialdemokraten müsse es sehr vergangen, wenn sie, anstatt mit geistigen Waffen, mit solchen Mitteln kämpfen.

Abg. Stadthagen bleibt dabei, daß die Antisemiten nach Aeußerungen ihrer Führer nur den jüdischen Wucherer treffen wollten, und daß die Zahl der Wucherer bei den Juden relativ nicht größer sei als bei den Christen. Vorüber sich Böckel heute so sehr entrüste, die Beschimpfung der Vorfahren, das sei es ja gerade, was die Antisemiten trieben. Wenn Liebermann, wie er sage, auf dem Schlachtfelde gefochten, so habe er nur seine verfluchte Pflicht und Schuldbiligkeit gethan.

Abg. Liebermann von Sonnenberg: Er habe mehr als seine Pflicht gethan und mit Auszeichnung gefochten, dafür besondere Anerkennung erhalten. (Zuruf: Wer's glaubt!) Nun, mein verehrter Herr, Sie sind ein unverschämter Patron! Kommen Sie nur doch vor die Büchse! (Präsident von Levetzow ruft den Redner zur Ordnung.)

Abg. Böckel (Antil.): Stadthagen habe seine beleidigende Aeußerung aufrecht erhalten. Wer einen Fehler gemacht habe, solle auch den Muth haben, denselben einzugehen, sonst sei er ein Feigling! (Abgeordneter Stadthagen ruft: Lump!)

Abg. Richter (frs.): Es seien hier von beiden Seiten die größten Schimpfwörter gefallen, ohne daß der Präsident eingeschritten sei.

Präsident von Levetzow: Ich kann nur rügen, was ich höre.

Hierauf wird in die Einzelberatung eingetreten.

Abg. Fehr v. Buol (Gr.) beantragt eine präcisere Fassung für die Bestimmungen über die Rechnungslegung. Derselben sollen keine Anwendung finden, wenn das Schuldverhältnis auf nur einem, während des abgelaufenen Geschäftsjahres abgeschlossenen Rechtsgeschäfte beruhe, über dessen Entstehung und Ergebnis dem Schuldner eine schriftliche Mittheilung beizubringen ist.

Abg. Träger (frs.): Auch mit der vom Vorredner beantragten Fassung werde das nicht getroffen, was man im Auge habe.

Abg. Basing (natl.) empfiehlt einen Antrag seines Freundes Dr. Diann: außer „öffentlicher“ auch „unier öffentlicher Aufsicht“ stehenden Banken, Libanthalten und dergl. von der Pflicht der alljährlichen Rechnungslegung gegenüber den Schuldner zu erlassen.

Abg. Junck (frs.) fragt, ob auch einfache Baarengegeschäfte der Rechnungslegungspflicht unterliegen.

Abg. Fehr von Stamm (Fr.) und Geh. Rath Gutbrodt verneinen dies.

Der Antrag des Abg. Fehr v. Buol wird angenommen, der Antrag Diann abgelehnt.

Abg. Dr. Hintelen (Gr.) empfiehlt eine neue Fassung für die auf seinen Antrag in zweiter Lesung angenommene Bestimmung gegen Wucher mit Vieh- und landlichen Grundstücken. Danach soll der gewerbsmäßige Betrieb der Viehpacht, des Viehhandels und des Handels mit landlichen Grundstücken concessionspflichtig gemacht werden.

Abg. Schrader (frs.) bekämpft den Antrag.

Der Antrag Hintelen wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Morgen: Vorlage betr. Erbschaftverteilung, Nachtragsetat, Abzahlungsgehalte.

### 86. Sitzung.

Sonnabend, den 29. April 1893. — 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betr. die Erbschaftverteilung. (Referent Abg. Lieber.)

Art. 1 der Vorlage bestimmt, daß der Gesamtbedarf an Rekruten für das unter preussischer Verwaltung stehende Reichs-Militär-Contingent durch das preussische Kriegsministerium, für die übrigen Militär-Contingente durch die betreffenden Kriegsministerien auf die Armeebezirke vertheilt wird, und zwar nach dem Verhältnis der im laufenden Jahre in diesen Bezirken vorhandenen, zur Einstellung in den activen Dienst tauglichen militärpflichtigen ausüblichen Bevölkerung. Die Vertheilung des Erbschaftsbedarfs für die Marine findet durch das preussische Kriegsministerium nach Maßgabe der vorhandenen tauglichen militärpflichtigen der wehrmännlichen Bevölkerung statt. Beim Mangel an Erbschaftsmännschaften der wehrmännlichen Bevölkerung wird der Bedarf durch Hinübergreifen auf geeignete militärpflichtige die Landbesitzer unter Zurechnung zu den für das Landwehr auszubringenden Rekruten gedeckt.

Legere Bestimmung bedinge eine Zenderung der Verfassung. Die Commission beantrage die Aufnahme des modificirten Art. 53 der Verfassung in das Gesetz.

Der Commissionsantrag wird angenommen, ebenso der ganze, im Uebrigen unverändert gebliebene Gesetzesentwurf.

In dritter Beratung wird ebenfalls debattenlos der Nachtragsetat für 1893/94 (deutsche Botschaft in Washington, Botschaftshotel in Madrid, Chicagoer Ausstellung) angenommen. Desgleichen der zweite Nachtragsetat für 1892 und 1893 (Mehrlosten für Brot-, Fournage- und Victualien-Versorgung bei der Armee) in erster und zweiter Lesung.

Dann wird in die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs betreffend die Abzahlungsgehalte eingetreten. (Referent Abg. Dr. Mehner.)

Die Commission beantragt folgende Fassung für § 1: „Hat bei dem Verkauf einer dem Käufer übergebenen beweglichen Sache, deren Kaufpreis in Abzahlungen berichtigt werden soll, der Verkäufer sich das Recht vorbehalten, wegen Nichterfüllung der dem Käufer obliegenden Verpflichtungen von dem Vertrage zurückzutreten, so ist im Falle dieses Rücktritts jeder Theil verpflichtet, dem andern Theil die empfangenen Leistungen zurückzugewähren. Eine entgegengesetzte Vereinbarung ist nichtig.“ (§ 2, in der Commissionsfassung, bestimmt sodann: Der Käufer hat im Falle des Rücktritts dem Verkäufer, für die in Folge des Vertrags gemachten Aufwendungen sowie für solche Beschädigungen der Sache Ersatz zu leisten, welche durch ein Verschulden des Käufers oder durch einen sonstigen von ihm zu vertretenden Umstand verursacht sind. Für die Ueberlassung des Gebrauchs

oder der Benutzung der Sache ist der Käufer zu vergüten. Auch hier ist eine entgegengesetzte Vereinbarung nichtig.)

Abg. Heine (Soc.) macht darauf aufmerksam, daß bei Nichterfüllung fälliger Vorkaufspreise der Preis für die schon gelieferten Waare nachgezahlt werden müsse. Auch hier handele es sich doch um ein Abzahlungsgehalt bei dem also der Vorkäufer von dem Staat zur nochmaligen vollen Zahlung gezwungen werde. Er frage die Regierung, ob denn nun auch das vorliegende Gesetz auf die Staatslotterie Anwendung finden so e.

Abg. Wollmer (frs.) empfiehlt den von ihm gestellten Antrag. Das Gesetz greift in die Vertragsfreiheit in einer Weise ein, für welche es an jeder Begründung fehlt. Insbesondere wird das Geschäft der Nähmaschinen und ähnlicher notwendiger Gebrauchsartikel für das gewerbliche Leben schwer beeinträchtigt, wenn man die Verwirklichung in dem Vertrage nicht mehr zuläßt, denn diese Clausele bildet den Hauptantrieb für den Käufer, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird unser Antrag angenommen, so wird dadurch an den Käufer keineswegs eine zu hohe Anforderung gestellt; der Antrag genügt vollständig, um etwaige Mißbräuche beim Abzahlungsgehalt zu beseitigen.

Abg. Adermann (cons.): Auch seine Freunde wollten nur die Beseitigung von Mißbräuchen, nicht die Unterdrückung der Abzahlungsgehalte überhaupt. Mißbrauch sei namentlich mit der Verwirklichung getrieben worden und demneste die Vorlage entgegen. Auch in der Nähmaschinenbranche, auf die sich Vorredner berufe, seien Unbilligkeiten in der Handhabung der Verwirklichung vorgekommen, wofür er Beweise habe. Der Antrag Wollmer mache es dem Käufer, den er auf den Proceßweg dränge und dem er die Beweislast auferlege, fast unmöglich, an der Wohlthat des Gesetzes theilzunehmen. Und wie dehnbar sei der Begriff „auffälliges Mißverhältniß“!

Abg. Dr. v. Bar (frs.): Man wolle hier die Conventionalurtheile beseitigen, die sich doch in unser Recht eingefügt habe und die vielfach sehr nützlich wirkte. Man wolle von vornherein festsetzen, daß der Contract zu Gunsten des Käufers gebrochen werden kann. Allerdings habe man die Nothwendigkeit einer Entschädigung für Annullation der verkauften Sachen erkannt; aber wie soll die Entschädigungspflicht konstruirt werden? Wenn das Gesetz in der Commissionfassung zu Stande komme, werden die Abzahlungsgehalte einfach auf dem Weg der Vermietung verwiesen. Sie werden künftig die Sachen, die sie bisher auf Theilzahlung veräußert, vermieten, und zwar zu demselben Preise, zu dem die Sachen bisher in das Eigenthum des Abnehmers übergingen.

Bundecommissar Geh. Rath Dungs spricht sich gegen den Antrag Wollmer aus.

Abg. Kraemer (natl.) tritt gleichfalls um Ablehnung des Antrages Bar und um Annahme der Commissions-Beschlüsse. Im Interesse gerade auch des selben Geschäftes müsse der Käufer denselben Schutz genießen wie der Verkäufer.

Abg. Spahn (Centr.) äußert sich in demselben Sinne. Der Antrag Bar wolle die Verwirklichung wieder in das Gesetz hineinbringen, während das Gesetz ja überhaupt nur zu deren Beseitigung gemacht werde.

Abg. Auer (Soc.) giebt zu, daß auf dem Gebiete des Abzahlungsweins Mißstände vorhanden seien. Seine Parteifreunde würden deshalb für die Commissionsbeschlüsse stimmen. Verbesserung derselben werde jedenfalls durch die freisinnigen Anträge nicht erreicht. Die Verwirklichung müsse auf alle Fälle beseitigt werden. Daß ohne diese Clausele das Abzahlungsgehalt nicht mehr bestehen könne, das sei eine viel zu weit gehende Behauptung der Freisinnigen. Wenn von den freisinnigen Gegnern dieses Gesetzes das „Wohlwollen“ für die armen Leute geltend gemacht werde, nun — so kenne man ja das freisinnige Wohlwollen für die armen Leute vom Arbeitslohn her. In Wirklichkeit sei es nur Geschäftsinteresse, welches den Widerstand gegen dieses Gesetz dicit. So, wie das Abzahlungsweins jetzt sei, sei es die reine Halsabschnitterei. Bei den Anträgen Bar und Knochen komme für die Käufer gar nichts heraus. Seine Freunde hätten das Gesetz gern mit der Linken gemacht, sie haben die freisinnigen Anträge wiederholt und mit Wohlwollen geprüft, aber sie hätten schließlich nicht anders gekannt, als sich für die Commissionsbeschlüsse entscheiden.

Abg. Dr. Diann (natl.) spricht gegen das Gesetz, eine wahre Fluth von Proceßen würde die Folge desselben sein.

Die Debatte wird geschlossen und vor der Abstimmung die Weiterverhandlung vertagt.

Dienstag: Erbschaftverteilung, Nachtragsetat, Schlußabstimmung über das Wuchergesetz, Bericht der Ahlwardt-commission.

## Vermischtes.

### Der junge Soldat.

Nach Lamennais' „Worte des Glaubens“ (1833).

Junger Soldat, wohin gehst du?

Ich gehe streiten für die Gerechtigkeit, für die heilige Sache der Völker, für die heiligen Rechte des Menschenjensechlechts.

Ich gehe streiten, um meine Brüder aus der Knechtschaft zu befreien, um ihre Ketten zu zerbrechen und die Ketten der Welt.

Ich gehe streiten gegen die ungerechten Menschen für diejenigen, welche sie niederwerfen und mit Füßen treten, gegen die Herren für die Sklaven, gegen die Tyrannen für die Freiheit.

Ich gehe streiten, damit nicht alle die Brute einiger werden, die gebeugten Häupter wieder aufzurichten und die wankenden Knie zu stützen.

Ich gehe streiten, damit die Väter nicht länger mehr den Tag verwünschen, wo ihnen gesagt worden: Ein Sohn ist euch geboren; noch die Mütter, den Tag



wo sie den Neugeborenen zum ersten Male an ihre Brust gedrückt.

Sie gel: streiten, daß der Bruder nicht mehr be- trübe, wenn er die Schwester verblühen sieht, der Blume gleich, welcher die Erde ihre Nahrung ver- weigert; daß die Schwester nicht mehr während ihren Bruder anblide, welcher schendet und nicht mehr wiederkehrt.

Ich gehe streiten, auf daß jeder in Frieden die Frucht seiner Arbeit genieße; um die Tränen der armen kleinen Kinder zu trocken, welche Brot fordern, und welchen man geantwortet: „Es ist kein Brot mehr da, — man hat uns genommen, was davon übrig blieb.“

Ich gehe streiten für den Armen, daß er seines Antheils am allgemeinen Erbe nicht immer beraubt bleibe.

Ich gehe streiten, um den Hunger aus den Hütten zu jagen, um in die Familien den Ueberfluß, die Sicher- heit und die Freude zurückzuführen.

Ich gehe streiten, um denjenigen, welche die Unter- drücker in den Kerker geworfen, die Luft wieder zu geben, die ihrer Brust mangelt und das Licht, das ihre Augen suchen.

Ich gehe streiten, die Schranken umzumerzen, welche die Völker trennen und sie verhindern, sich als Söhne des nämlichen Vaters zu umarmen, die be- stimmt sind, in gleicher Liebe vereint zu leben.

Ich gehe streiten, den Gedanken, die Rede und das Gewissen von der Tyrannei des Menschen zu be- freien.

Ich gehe streiten für die ewigen Geseß, für die Gerechtigkeit, welche die Rechte beschützt, für die Barm- herzigkeit, welche die unvermeidlichen Uebel verflüßt.

Deine Waffen seien gesegnet, junger Soldat!

(Komet in Sicht!) Am 30. Juni hat nach den Be- rechnungen der Astronomen der Komit Winnecke das Peri- helium passiert, jenen Punkt, auf welchem ein Planet in seinem Laufe um die Sonne denselben am nächsten kommt. Nach aller Wahrscheinlichkeit wird in den nächsten Wochen für uns Erdenbewohner die Helligkeit des Kometen derart zunehmen, daß er auch mit unbewaffnetem Auge zu sehen ist; soll er doch im Juli sich der Erde bis auf 25 Millionen Meilen nähern, eine Kleinigkeit für die Entfernungsverhältnisse des Himmels- raumes. Trifft dann auch noch die weitere Voraussage zu, daß der feurige Kopf des Haar-, Schwanz- und Magnetkometes für das menschliche Auge die Größe des Vollmondes erreicht, so dürfen, wie die „B. B. Z.“ schreiben, in der That kleine Kinder und alte Weiber, auch solche ohne Zopf und Unterröck, in Angst gerathen. Nicht als ob uns die Wissenschaft über die Umhülltheit der Kometen völlig beruhigt hätte! Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß „Zusammenstöße“ der Erde mit Haarkometen oder vielmehr ihren Atomen bereits stattgefunden haben. Der berühmte Biela'sche Komet, den man vorher nur als eine Masse gefannt, wurde 1846, in zwei Theile getrennt, beobachtet; die 182 noch weiter von einander entfernt waren. Seitdem blieb er verschwunden, doch als am 27. November 1872 wieder der Zeitpunkt eingetreten war, daß der Komet, falls er noch vorhanden, der Erde am nächsten kommen mußte, da ereignete sich der große Sternschnuppen- fall, und der gleiche Vorgang wiederholte sich unter demselben Verhältnis am 27. November 1885. Der Biela'sche Komet hatte sich also in zahllose Atome aufgelöst, und dem Spähren- bummel war es ganz recht geschehen, denn weshalb war er der Erde so dicht auf den Leib gerückt? Kurzum, nach den bisherigen Erfahrungen zieht, sobald Erdball und Komet ein- ander kreuzen, der Letztere den Kürzeren, und wir dürfen wohl hoffen, daß dies auch in Zukunft so bleiben werde.

(Der neueste „Congreß.“) Am 11. und 12. Juni soll in Düsseldorf ein großer „Congreß der Raucher von Rheinland und Westfalen“ stattfinden. Die Sache ist, so unglaublich es klingen mag, allen Ernstes geplant und mit den Vorbereitungen dazu in begonnen worden. Das „Fest- programm enthält u. a.: Empfang der auswärtigen Vereine, Feiung, Festquälmen u. c. Alle Theilnehmer am Feste müssen mit brennenden Pfeifen oder Cigarren beziehungsweise Cigaretten erscheinen. — Man sieht das es genug Leute giebt die gar nicht wissen, wie sie vor langer Welle ihre Zeit tobtschlagen sollen.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 28. April.

Heiraths-Ankündigungen. I. Rector August Kneier, kathol., Hirschstraße 31, und Clara Kraupfch, kathol., B. eitestr. 16/17. — Schneider Oscar Schüttler, evang., Neue Weltgasse 4, und Anna Römer, ev. d. eitestr. — III. Schmitz August Giesel, kath., Hirschstr. 82, und Marie Manden, evg., d. eitestr. — Handelsmann Emil Schneider, kath., Matthias- straße 41b, und Pauline Rosenmann, evang., Gellhornstraße 7. — Kaufmann Paul Wibe, kath., Stolz, und Clara Widrich, kath., Aferstraße 21. — Wochenhändler Wilhelm Thimm, ev., Große F. lestr. 15a, und Emma Keil, ev., Sternstraße 72. — Arbeiter Otto Wenzel, ev., In den Kasernen 7b, und Pauline Di. trich, ev., d. eitestr. — Hilfsbremse Hermann Barnitzke, evg., Gr. D. eitebengasse 1, und Bertha Kch, geb. Lehmann, evang., Koienthalerstraße 12. — Wochsch. Lehrer Paul Fiedler, kath., Zoben, und Margarethe Scholz, kath., Neue Junkerstr. 31.

Todesfälle. I. Alfred, S. des Schiffbauers Berthold Häusler, 1 J. 7 M. — Carl, S. des Schmiedes Paul Walter, 1 J. 2 M. — Benl. Eisenbahn Beamter August Hübzig, 67 J. — Kaufmannsrau Clara Grünberger, geb. Helt, 47 J. — Paricalter Moritz Hille, 71 J. — Köd tin Anna Ebiring, 25 J. — Ehemaliger Schneidermeister Carl Köpfer, 75 J. — Arbeiter Johann Klobe, 67 J. — Schuh- machermeister Eduard Schönsfeld, 54 J. — Max, S. des Arbeiters Franz Hübner, 4 J. — Ida, T. des Klempners Max Hallmann, 7 W. — II. Herbert, S. d. s Kaufmanns Ernst Kosteutscher, 4 M. — Amalie Herth, ohne bes. Stand, 48 J. — Erig, S. des Fleischer's Ernst Hülse, 5 St. — Köd. l. Polizei-Commissarius Martin Glotala, 59 J. — Walter, S. des Schuhmachers Carl Härter, 4 Wochen. — Max, S. des Bürstenmachers Josef Kirich, 1 J. — Kaufmann Carl Breuß, 81 J. — Walter, S. des Malers Paul Wüitner, 3 M. — Willy, S. des Werfführer Heinrich Täuber, 5 W. — Ida, T. des Arbeiters Josef Lakmann, 2 J. — Richard, S. des Bahnarbeiters Carl Kühndel, 5 M. — Paul, S. des Droschkensbesizers G. Lieb Späht, 5 J. — III. Droschkenfahrer Hugo Wende, 30 J. — Clara, T. des Haushälters Reinhold Brieger, 4 J. — Arthur, S. des Schuhmachers Ernst Böhm, 3 M. — Ledige Rentiere Florentine Franke, 60 J. — Wagentfabrikant Carl Kume, 63 J. — Oberbeamts-Secretär's Wittwe Natalie Patzkow, geb. Bobrpf, 67 J. — Müller Ernst Kupke, 70 J. — Paul, S. des verstorbenen Kuttchers Paul Welfa, 3 J. 6 M. — Handelsmann Christian Scharfe, 53 J. — Maschinenführer August Förster, 51 J.

Vom 29. April.

Heiraths-Ankündigungen. I. Maurermeister Heinrich Gerlich, ev., Paulstraße 1, und Emilie Meinhold, ev., Kupferschmiedestraße 61. — III. Dachdecker Richard Zehler, ev., Wäldchen 9, und Anna Wehlau, kath., Fränkels- platz 4. — Hausdiener Paul Vater, ev., Hirschstr. 80, und Pauline Nitsche, ev., d. eitestr. — Töpfermeister Max Wendt, evang., Lewaldstraße 16a, und Franziska Gielus, kath., Brigittenhai 3.

Todesfälle. I. Friz, S. des Restaurateurs Wilhelm Heide, 4 J. — Knecht'srau Apollonia Schmechli, geb. geb. Fischer aus Wudeau, 80 J. — Stubenmädchen Anna Thiel, 24 J. — Glendreherrin Emilie Härtel, geb. Härtel, 26 J. — Leopold, S. des Stabstrompeters Louis Kott, 2 J. — Buchhalter Richard Scheidel, 24 J. — Martha, T. des Schuhmachermeisters Franz Böhm, 2 J. — Güterfassen- fassier Johann Georg Romag, 68 J. — Wilhelm, S. des Tischlers Wilh-m Filz, 2 M. — Verw. Kaufmann Anna

Kolb, geb. Girit, 70 J. — II. Arbeiterwitwe: Helene Bresser, geb. Hahn, 85 J. — Schneiderin Marie Maury, 23 J. — Gertrud, T. des Zuschneiders Paul Gröndler, 1 J. — Eisenbahn-Secretär Ferdinans von Stein, 56 J. — Arbeiter- mitte Auguste Giesel, geb. Bernerth, 80 J. — Droschkens- besitzerfrau Ernestine Döring, geb. Reinhold, 48 J. — Leber- händlerfrau Auguste Wiesner, geb. Art, 38 J. — Friebe, T. des Maurers Gottfried Wlbrich, 11 M. — Stellmacher Robert Schmegele, 28 J. — Sattler Hugo Stille, 35 J. — Knecht Robert König, 48 J. — Theodor, S. des Stellmachers Simon Elich, 1 J. — Landwirth Albert Leffert, 21 J. — Arbeiter Paul Heinrich, 33 J. — III. Schmiedefrau Ida Fidler, geb. Barisch, 35 J. — Paul, S. des Zimmermanns Gottlieb Winkler, 4 M. — G. anadler Wilhelm Schindler, 22 J. — Ewald, S. des Tischlers Heinrich Wastke, 6 W. — Martha, T. des Klempners Paul Kirichmann, 2 J. — Hedwig, T. des Arbeiters Paul Kopale, 3 J. — Marie, T. des Tischlers Heinrich Rustan, 15 Min. — Erich, S. des Posthilfsboten Wilhelm Mosler, 7 W.

Breslau, 29. April. (Amtlicher Producten- Märkten-Bericht). Roggen (p. 1000 Kgr.) per April 133.00 G., April-Mai 134.00 G., Mai-Jun. 135.00 G., Juni-Juli 138.00 G. — Hafer (per 1000 Kilo.) per April 139.00 G. — Kübbel (per 100 Kgr.) —, gel. — Str., loco in Qualitäten a) 5000 Kgr., per April 52.00 B., April-Mai 52.00 B. — Spiritus per 100 Lit. (a 100 pSt.) ohne Faß: excl. 50 und 70 W. Verbrauchsabgabe, gel. — Str., abgelassene Rüblaugung- scheine —, per April 50er 53.40 G., 70er 33.70 G., April-Mai 50er —, 70er 33.70 G.

Breslau, 29. April. Breslauer Mehlmarkt. Fein-Küßzugsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 24.00 bis 24.50 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 21.75-22.25 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg im Käufers Säden a) inländisches Fabrikat 8.20-8.60 M., b) ausländisches Fabrikat 7.80-8.20 M. — Roggenmehl fein, per Brutto 100 kg incl. Sack 20.50-21.00 M. — Futter- mehl, per Netto 100 kg in Käufers Säden: a) inläns- bisches Fabrikat 8.80-9.20 M., b) ausländisches Fabrikat 8.40-8.80 M.

Brteffasten.

G. T. Zimmermann. Heut ist es das vierte Mal, daß das Proletariat sein sich selbstgeschaffenes Waisen- begehrt. Ferner theilen wir Ihnen mit, daß uns von dem Postiren einer Willkürtruppe nichts bekannt geworden ist.

Vorstand des Quartett-Vereins der Töpfer „Humanität“. Etwas mehr Uthenskrast, als wie Sie nach Ihrem Eingeländt constatiren, hätten wir doch von Ihnen erwartet. Wir eruchen Sie zunächst den Namen und die Adress: des Gesenders mitzutheilen. Ferner theilen wir Ihnen mit, daß auf Paragraph 11 des Preßgesetzes Sie sich nicht be- rufen können. Es ist lediglich unser freier Wille, wenn wir ein Eingeländt aufnehmen, welches weiter nichts, als die Kürzlichkeit u. d. gekändte Gerechtigkeit zum Urheber hat. Mit den fröge. den Beledigungen Ihres Eingeländts richten Sie sich selbst, resp. richtet sich derjenige, welcher Ihnen in un- glaublicher Beschränkung ein solches Eingeländt verfaßte oder in die Feder diente. Wir behalten uns alles Weitere vor und eruchen Sie, uns auf einen Tag den Text der Vorträge vom Sonnabend übermitteln zu wollen. Sie werden nicht umhin können, das Letztere zu thun, wenn Sie es wirklich mit dem Recht so einzu rechnen, als Sie sich in Ihrem Ein- geländt den Anschein geben.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dieß' Verlag) ist soeben das 31. Hft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Das Waisen des Pro- letariats. — Der erste Mai und der Militarismus. — Noch Einiges über Ethik. — Literarische Rundschau. — Notizen: Zur Statistik der zwangswais. veräußerten landwirthschaft- lichen Anwesen in Bayern. Die „Centralisation des Capitals im deutschen Eisenhüttenwesen.“ Die Selbstmörder in Budapest. Von Dr. Josef Schwarz. — Feuilleton: Klith. Noelle von A. v. P. rail. (Fortsetzung)

Bil. Spiegel u. Gardinenstangen Jed. Gr. u. Holzart i. d. Fabr. Ursuliner- straße 25, II. Auch mehr. geb. Spiegel 875

Für Schule! Schreib-, Zeichnen- und Rechnen-Beste, Schiffratafen, Federhalter und Federn, Bl. fische, Feder- und Schiefertasten, Schultafeln, Wappen, Tinte, Lufig- 784 fassen, Farben u. zu billigsten Preisen. Max Wunderlich Alibürger-Straße 57 nahe der Albrechtsstraße.

Cigarren in vorzüglicher Qualität empfiehlt Georg Monski, Klosterstraße 28. 867

Th. Winter, 14 Große Groschenasse 14 empfiehlt sein Lager fertiger Herrschafts- und Gamaschen 628 zu billigsten Preisen. Nur Handarbeit.

Soeben erschien die in jeder Hinsicht künstlerisch ausgefallene Mai-Zummer des „Wahren Jakob“. Wir haben von dieser außergewöhnlich starken Nummer einen großen Vorrath mehr bestellt und empfehlen dieselbe unseren werthe: Abonnenten ganz besonders. Der Preis ist wie gewöhnlich 10 Pfennig pro Exemplar. Exped. der „Volkswacht.“

Soeben erschien die Mai-Nummer der „Wiener Glühlichter“ Oesterreichisches Wochenschrift. Preis 15 Pf. Zu beziehen durch alle Colporteurs u. d. Exp. d. Volkswacht.

Die prachtvoll ausgestattete Maifest-Zeitung ist eingetroffen und zu haben bei allen Colporteurs und in der Expedition der „Volkswacht“, Weißgerbergasse 64.

Soeben erschien in größerem Umfange und hervor- ragender Ausstattung die Mai-Nummer des „Süddeutschen Postillon“. Der wackere Streiter für die Sache des Proletariats hat sich auch bei uns in kurzer Zeit einen großen und treuen Leserkreis erworben und wird die neueste Nummer nur dazu beitragen, dem Blatte viele neue Freunde zu erwerben. Der Preis ist wie gewöhnlich 10 Pfennig pro Nummer.



